

Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) 2025

schützen

Versicherungen
Vorsorge
Finanzen

planen

sparen

LVM Krankenversicherungs-AG (LVM-Kranken)

Kolde-Ring 21
48151 Münster

Telefon: 0251 702-0
info@lvm.de
www.lvm.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	5
A.1 Geschäftstätigkeit	5
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis	6
A.3 Anlageergebnis	9
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	11
A.5 Sonstige Angaben	11
B Governance	12
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	12
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	16
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	19
B.4 Internes Kontrollsystem	23
B.5 Funktion der internen Revision	25
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	26
B.7 Outsourcing	27
B.8 Sonstige Angaben	29
C Risikoprofil	30
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	31
C.2 Marktrisiko	33
C.3 Kreditrisiko	37
C.4 Liquiditätsrisiko	39
C.5 Operationelles Risiko	40
C.6 Andere wesentliche Risiken	41
C.7 Sonstige Angaben	42
D Bewertung für Solvabilitätszwecke	43
D.1 Vermögenswerte	43
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	47
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	51
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	53
D.5 Sonstige Angaben	54
E Kapitalmanagement	55
E.1 Eigenmittel	55
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	57
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	58
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	58
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	58
E.6 Sonstige Angaben	58
Abkürzungsverzeichnis und Begriffserläuterung	59
Anhang Meldebögen	64

Zusammenfassung

Im Folgenden werden die Inhalte des Berichts über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) 2025 für LVM-Kranken gemäß Art. 292 DVO zusammengefasst. Dabei werden etwaige wesentliche Änderungen in Bezug auf Geschäftstätigkeit und Leistung des Versicherungsunternehmens, sein Governance-System, sein Risikoprofil, die Bewertung für Solvabilitätszwecke und das Kapitalmanagement im Berichtszeitraum herausgestellt. Das aktive Rückversicherungsgeschäft wird von LVM-Kranken nicht betrieben.

Die im Fließtext angegebenen Beträge sind in Tausend Euro, wenn nicht anders angegeben. Die Beträge wurden kaufmännisch gerundet.

Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

LVM-Kranken mit Sitz in Münster ist Teil der LVM-Gruppe und betreibt das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft der Krankenversicherung.

Im Geschäftsjahr 2025 erzielte LVM-Kranken ein versicherungstechnisches Ergebnis von 9.270 Tsd. € (Vj. 14.904 Tsd. €). Dies entspricht einer Veränderung von -37,8% (Vj. +41,4%).

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen ohne Berücksichtigung der Veränderung der Bewertungsreserven betrug 76.942 Tsd. € (Vj. 111.486 Tsd. €). Dies entspricht einer Nettoverzinsung von 1,9% (Vj. 3,0%).

Bei den in diesem Abschnitt genannten Zahlen aus der Gewinn- und Verlustrechnung handelt es sich um Werte aus dem handelsrechtlichen Jahresabschluss.

Governance-System

Bei der Überprüfung des Governance-Systems von LVM-Kranken im Jahr 2025 durch den Vorstand wurde kein wesentlicher Handlungsbedarf identifiziert, sodass alle Vorstandsmitglieder das Governance-System von LVM-Kranken als angemessen und wirksam bewerteten. Es ergaben sich keine wesentlichen Änderungen des Governance-Systems im Jahr 2025.

Risikoprofil

Die Grenze, ab wann ein Risiko im Rahmen des Wesentlichkeitskonzepts für quantifizierbare Risiken als wesentlich eingestuft wird, wird aus den jeweils zur Bedeckung der Risiken zur Verfügung stehenden Eigenmitteln abgeleitet. Dadurch ergeben sich für LVM-Kranken als wesentliche Unterrisikokategorien das Aktienrisiko und das operationelle Risiko. Die Solvenzkapitalanforderung liegt insgesamt bei 42.401 Tsd. € (Vj. 37.544 Tsd. €). Das größte Teilrisiko zum Stichtag 31.12.2025 ist das Marktrisiko mit 31.304 Tsd. € (Vj. 28.700 Tsd. €). Das versicherungstechnische Risiko beträgt 14.178 Tsd. € (Vj. 16.055 Tsd. €) und das operationelle Risiko 20.305 Tsd. € (Vj. 18.931 Tsd. €). Das Ausfallrisiko hat keine Bedeutung. LVM-Kranken achtet auf eine hohe Qualität bei den Risikoprüfungen im Antragsverfahren und auf ein hohes Maß an Sicherheit bei den Kapitalanlageinvestitionen. Wesentliche Änderungen des Risikoprofils haben sich unterjährig nicht ergeben. In Bezug auf die Solvenz- und Mindestkapitalanforderungen werden die Risiken grundsätzlich nach der Standardformel berechnet.

Bewertung für Solvabilitätszwecke

Bei der Aufstellung der Solvenzbilanz kommt es zu Bewertungsunterschieden gegenüber der Handelsbilanz. Diese liegen in den Bereichen der Kapitalanlagen, der sonstigen Vermögenswerte, der versicherungstechnischen Rückstellungen und der sonstigen Verbindlichkeiten. Die versicherungstechnischen Rückstellungen betragen bei LVM-Kranken 3.617.251 Tsd. € (Vj. 3.542.501 Tsd. €). Dabei nutzt LVM-Kranken kein Volatility Adjustment und keine Übergangsregelungen. Eine Änderung in der Berechnungsmethodik zum Vorjahr gibt es nicht. Der Anstieg bei den versicherungstechnischen Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr beruht vor allem auf dem Bestandswachstum und der hohen Beitragsanpassung.

Kapitalmanagement

Insgesamt ergaben sich für LVM-Kranken zum 31.12.2025 Basiseigenmittel in Höhe von 212.729 Tsd. € (Vj. 214.317 Tsd. €). Sämtliche Basiseigenmittel fallen in die Tier 1-Kategorie. Die Solvenzkapitalanforderung von LVM-Kranken beträgt zum Ende des Berichtszeitraums 42.401 Tsd. € (Vj. 37.544 Tsd. €), welches zu einer Solvenzquote von 502% (Vj. 571%) führt. Die Mindestkapitalanforderung liegt bei 19.081 Tsd. € (Vj. 16.895 Tsd. €). Die MCR-Bedeckungsquote beträgt 1.115% (Vj. 1.269%).

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Die LVM Krankenversicherungs-AG Münster ist eine Aktiengesellschaft.

Für die Finanzaufsicht zuständige Aufsichtsbehörde für den Einzelabschluss sowie für die Gruppe:

Anschrift der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Graurheindorfer Str. 108 53117 Bonn

alternativ:

Postfach 1253
53002 Bonn

Kontaktdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Fon: 0228 4108-0
Fax: 0228 4108-1550

E-Mail: poststelle@bafin.de oder De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Externer Abschlussprüfer:

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Kristina Stiefel
Partnerin
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main

Mobile: 0171 7640010
E-Mail: kristina.stiefel@pwc.com

Mutterunternehmen von LVM-Kranken sowie oberstes Mutterunternehmen der LVM-Gruppe ist der LVM Landwirtschaftliche Versicherungsverein Münster a.G. Die Beteiligungsquote beträgt 100%. LVM-Kranken hält keine wesentlichen Beteiligungen.

Das räumliche Geschäftsgebiet erstreckt sich nahezu ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland. LVM-Kranken betreibt ausschließlich das Geschäft der Krankenversicherung.

Wesentliche Ereignisse im Berichtszeitraum

Im Geschäftsjahr gab es eine größere Abschreibung auf ein Immobiliendarlehen.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über das handelsrechtliche versicherungstechnische Ergebnis des Geschäftsjahres und einen Vergleich zum Vorjahr.

Vergleich Geschäftsjahr/Vorjahr			
Geschäftsbereiche	LVM-Kranken	Kranken nach Art Schaden (1)	Kranken nach Art Leben (29)
	Gesamt	Auslandsreise	
2025 in Tsd. €			
Beiträge	542.246	10.538	531.708
+ Ergebnis aus Kapitalanlagen	76.942	151	76.791
- Versicherungsleistungen	320.784	11.292	309.492
- Zuführung zur Deckungsrückstellung	204.731	0	204.731
- Abschlusskosten	42.282	1.825	40.456
- Verwaltungskosten	11.946	361	11.585
+ Sonstiges	761	2	760
- Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	30.936	0	30.936
= Versicherungstechnisches Ergebnis	9.270	-2.788	12.058
Vorjahr in Tsd. €			
Beiträge	506.207	9.873	496.334
+ Ergebnis aus Kapitalanlagen	111.486	189	111.297
- Versicherungsleistungen	300.480	8.868	291.612
- Zuführung zur Deckungsrückstellung	209.612	0	209.612
- Abschlusskosten	37.739	1.716	36.023
- Verwaltungskosten	10.615	264	10.351
+ Sonstiges	-2.940	2	-2.942
- Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	41.402	0	41.402
= Versicherungstechnisches Ergebnis	14.904	-784	15.688
Veränderung zum Vorjahr in Tsd. €			
Beiträge	36.039	665	35.373
+ Ergebnis aus Kapitalanlagen	-34.543	-38	-34.506
- Versicherungsleistungen	20.304	2.424	17.880
- Zuführung zur Deckungsrückstellung	-4.881	0	-4.881
- Abschlusskosten	4.543	109	4.433
- Verwaltungskosten	1.331	97	1.233
+ Sonstiges	3.702	0	3.702
- Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	-10.466	0	-10.466
= Versicherungstechnisches Ergebnis	-5.634	-2.003	-3.630
Veränderung zum Vorjahr in %			
Beiträge	7,1%	6,7%	7,1%
+ Ergebnis aus Kapitalanlagen	-31,0%	-20,0%	-31,0%
- Versicherungsleistungen	6,8%	27,3%	6,1%
- Zuführung zur Deckungsrückstellung	-2,3%		-2,3%
- Abschlusskosten	12,0%	6,4%	12,3%
- Verwaltungskosten	12,5%	36,8%	11,9%
+ Sonstiges	-125,9%	-21,4%	-125,8%
- Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	-25,3%		-25,3%
= Versicherungstechnisches Ergebnis	-37,8%	255,4%	-23,1%

Beiträge

Die gebuchte Beitragseinnahme betrug im Berichtsjahr 510.581 Tsd. € (Vj. 476.021 Tsd. €). Das Wachstum in Höhe von 7,3% traf dabei die Prognose aus dem Vorjahr, nach der über 7% erwartet wurden. Diese Steigerung ist per Saldo zu 40,3% (Vj. 51,9%) durch Neugeschäft und zu 59,7% (Vj. 48,1%) durch Beitragsanpassungen begründet.

Es wurden Einmalbeiträge in Höhe von insgesamt 31.988 Tsd. € (Vj. 30.469 Tsd. €) aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen, davon 31.963 Tsd. € (Vj. 25.546 Tsd. €) zur Milderung von in 2025 durchgeführten Beitragsanpassungen sowie zur Beitragssenkung im Alter nach § 150 Abs. 4 VAG und 25 Tsd. € (Vj. 250 Tsd. €) für die über § 150 Abs. 2 VAG hinausgehende Zuschreibung zur Alterungsrückstellung für Beitragsminderungen im Alter. In der Pflegepflichtversicherung gab es im Geschäftsjahr keine Beitragsanpassung und somit keine Umlagesenkung, während im Vorjahr zusätzlich 4.673 Tsd. € zur Umlagesenkung entnommen wurden.

Insgesamt betragen die Beitragseinnahmen inkl. der erhöhten Einmalbeiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung im Berichtsjahr 542.246 Tsd. € (Vj. 506.207 Tsd. €). Das entspricht einer Erhöhung von 7,1% (Vj. +2,7%). Im Geschäftsbereich Auslandsreise ist die Beitragseinnahme um 6,7% gestiegen (Vj. +10,6%).

Kapitalanlagen

Bei einem von Abschreibungen, insbesondere auf Darlehen im Immobilienbereich, geprägten Kapitalanlagenergebnis erreichte die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2025 einen Wert von 1,9% (Vj. 3,0%). Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen betrug 76.942 Tsd. € (Vj. 111.486 Tsd. €).

Nähere Angaben zu den Kapitalanlagen werden unter A.3 Anlageergebnis beschrieben.

Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Rückstellungen sowie der Regulierungskosten betragen im Berichtsjahr 320.784 Tsd. € (Vj. 300.480 Tsd. €). Diese nochmalige Steigerung um 6,8% (Vj. +11,9%) war einerseits auf das etwas höhere Durchschnittsalter der Versicherten und andererseits auf die veränderte Inanspruchnahme sowie inflationär bedingt höhere Kosten von Gesundheitsleistungen zurückzuführen. Im Geschäftsbereich Auslandsreise ist die Steigerung von 27,3% (Vj. +9,8%) bei den Versicherungsleistungen aufgrund der weltweiten medizinischen Inflation deutlich höher als die Erhöhung bei den Beitragseinnahmen.

Zuführung zur Deckungsrückstellung

Die Zuführung zur Alterungsrückstellung einschließlich der Einmalbeiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung betrug im Berichtsjahr 204.731 Tsd. € (Vj. 209.612 Tsd. €). Diese Verminderung um 2,3% (Vj. +4,9%) ist durch die deutlich unter dem Niveau des Vorjahres liegende Direktgutschrift gemäß § 150 Abs. 2 VAG in Höhe von 1.409 Tsd. € (Vj. 15.139 Tsd. €) begründet, die aus der oberhalb der kalkulierten Zinssätze liegenden Nettoverzinsung resultiert. Die Entwicklung des Anteils der Beitragseinnahmen, der unmittelbar auf die Zuführung zur Alterungsrückstellung entfällt, war wie im Vorjahr unterproportional.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb in Höhe von 54.228 Tsd. € (Vj. 48.354 Tsd. €) sind im Berichtsjahr um insgesamt 12,1 % gestiegen. Die Abschlusskosten haben sich aufgrund des insgesamt deutlich höheren Neugeschäfts um 12,0% von 37.739 Tsd. € auf 42.282 Tsd. € erhöht. Die Verwaltungskosten sind um 12,5% gestiegen und liegen bei 11.946 Tsd. € (Vj. 10.615 Tsd. €).

Sonstiges

Der Posten Sonstiges wird im Geschäftsbereich Kranken nach Art Leben geprägt durch eingehende sowie ausgehende Übertragungswerte und die Abrechnungen der PKV-Pools. Im Geschäftsjahr 2025 hatte LVM-Kranken höhere Erträge aus eingehenden Übertragungswerten sowie höhere Ein- und verminderte Auszahlungen aufgrund der PKV-Pools als im Vorjahr zu verzeichnen. Diese führten zu dem oben dargestellten positiven Ergebnis in dem Posten Sonstiges mit der daraus resultierenden prozentualen Abweichung des Geschäftsjahreswerts im Vergleich zum Vorjahr.

Aus der Gegenüberstellung des tatsächlichen und des rechnungsmäßigen Verlaufs von Kapitalanlagen und Kosten geht hervor, dass LVM-Kranken in diesen Bereichen Verluste erwirtschaftet hat, die jedoch durch einen Teil der in die Beiträge eingerechneten Sicherheitszuschläge ausgeglichen werden konnten. Das Risikoergebnis war, im Gegensatz zum Vorjahr, positiv. Im untergeordneten Geschäftsbereich Auslandsreise sind beim Risiko so hohe Verluste entstanden, dass diese durch die Hinzunahme des positiven Kostenergebnisses und des Sicherheitszuschlags nicht gedeckt werden konnten.

Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Das Geschäftsergebnis erlaubt eine Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung (inkl. poolrelevantem Anteil für die PPV: 8.615 Tsd. €, Vj. 10.845 Tsd. €) in Höhe von 30.936 Tsd. € (Vj. 41.118 Tsd. €). Eine Direktgutschrift nach § 150 Abs. 4 VAG als Zuführung zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für die zum Bilanzstichtag bereits 65-Jährigen (Vj. 284 Tsd. €) ist ab dem Jahr 2025 nicht mehr notwendig.

Insgesamt erreichte damit die Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung eine Höhe von 30.936 Tsd. € (Vj. 41.402 Tsd. €). Das entspricht einer Veränderung von -25,3% (Vj. -23,6%).

Versicherungstechnisches Ergebnis

Aus den versicherungstechnischen Erträgen und Aufwendungen resultierte ein versicherungstechnisches Ergebnis in Höhe von 9.270 Tsd. € (Vj. 14.904 Tsd. €), das entspricht einer Veränderung von -37,8 % (Vj. +41,4%). Wegen der unveränderten Überschussbeteiligung von 90 % begründete sich dieses niedrigere versicherungstechnische Ergebnis im Wesentlichen durch die Verringerung beim Kapitalanlageergebnis. Im Geschäftsbereich Auslandsreise, in dem es weder Alterungsrückstellungsbildungen noch Zuführungen zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung gibt, hat sich das versicherungstechnische Ergebnis deutlich verschlechtert und ist damit weiterhin negativ.

Das versicherungstechnische Ergebnis wurde ausschließlich im Inland erwirtschaftet.

A.3 Anlageergebnis

Die bestimmenden Themen für die Kapitalmärkte im Jahr 2025 waren die Politik der neuen US-Regierung und künstliche Intelligenz. In Deutschland weckte die Ankündigung eines bis zu 500 Milliarden Euro schweren Investitionsprogramms Hoffnungen auf eine Erholung der deutschen Wirtschaft.

Der deutsche Aktienindex DAX und der amerikanische S&P 500 stiegen das dritte Jahr in Folge deutlich. Signifikante Kursrückgänge durch die US-Ankündigung exorbitanter Zölle im April konnten nach wenigen Wochen ausgeglichen werden. Für den Euro-Anleger schrumpften US-Gewinne durch Währungsverluste des US-Dollars jedoch merklich. Politische Unsicherheiten wurden an den Aktienmärkten in den Folgemonaten weitestgehend ausgeblendet. Edelmetalle konnten u.a. durch die politischen Unsicherheiten profitieren.

Die Europäische Zentralbank senkte in der ersten Jahreshälfte erneut in mehreren Schritten den Einlagesatz auf 2,0%. In den darauffolgenden Sitzungen hat sie diesen unverändert belassen. Hauptgrund für die Konstanz war die Inflation, die sich nahe dem 2%-Ziel stabilisiert hat.

In den USA senkte die Notenbank FED den Leitzins drei Mal um jeweils 25 Basispunkte. Der US-Arbeitsmarkt zeigte Schwächen, gleichzeitig betrug die Inflation im Schnitt 2,7% und der erwartete weitere Rückgang blieb aus.

Die Rendite 10-jähriger deutscher Staatsanleihen stieg im Kalenderjahr um ca. 50 Basispunkte, überschritt jedoch nicht die 3%-Schwelle. 10-jährige US-Renditen gingen, trotz hoher Budgetdefizite und einer weiter ansteigenden Staatsverschuldung, um 40 Basispunkte zurück und beendeten das Jahr bei ca. 4,2%.

Im Geschäftsjahr erzielte LVM-Kranken ohne Berücksichtigung der Veränderung der Bewertungsreserven ein Nettoergebnis aus Kapitalanlagen von 76.942 Tsd. € (Vj. 111.486 Tsd. €). Die Summe der Erträge (124.236 Tsd. €; Vj. 129.176 Tsd. €) ist im Vergleich zum Vorjahr durch die gesunkenen laufenden Erträge (110.498 Tsd. €; Vj. 112.163 Tsd. €), reduzierte Zuschreibungen (407 Tsd. €, Vj. 1.960 Tsd. €) sowie durch die geringeren Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen (13.331 Tsd. €; Vj. 15.054 Tsd. €) gesunken. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen (47.294 Tsd. €; Vj. 17.691 Tsd. €) lagen, bedingt durch die deutlich gestiegenen Abschreibungen (44.444 Tsd. €; Vj. 8.184 Tsd. €), über dem Wert des Vorjahres. Diese betrafen vor allem den Immobilienbereich. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen erreichte im Geschäftsjahr einen Wert von 1,9% und liegt damit unter dem Ergebnis des Vorjahres von 3,0%.

Vergleich Anlageergebnis Geschäftsjahr/Vorjahr		
	2025	2024
	Tsd. €	Tsd. €
Erträge aus Kapitalanlagen		
Laufende Erträge	110.498	112.163
Zuschreibungen	407	1.960
Gewinne aus Abgang	13.331	15.054
Zwischensumme	124.236	129.176
Aufwendungen für Kapitalanlagen		
Verwaltungsaufwendungen und sonstige Aufwendungen	1.633	1.548
Abschreibungen	44.444	8.184
Verluste aus Abgang	1.217	7.959
Zwischensumme	47.294	17.691
Kapitalanlageergebnis	76.942	111.486

Die nachfolgende Tabelle zeigt das handelsrechtliche Anlageergebnis 2025 aufgeschlüsselt nach Bilanzposten der Solvenzbilanz. Für die einzelnen Bilanzposten sind die Ergebnisse aufgeteilt nach laufenden Erträgen, Gewinnen und Verlusten aus dem Abgang von Kapitalanlagen sowie den gebuchten Zu- und Abschreibungen.

Anlageergebnis Geschäftsjahr 2025*							
Bilanzposten Tsd. €	Solvenz- bilanz	Laufende Erträge	Gewinne aus Abgang	Verluste aus Abgang	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Anlage- ergebnis
Aktien – nicht notiert	12.382	65	0	0	0	2.269	-2.203
Staatsanleihen	1.429.227	34.918	4.002	0	0	0	38.920
Unternehmensanleihen	1.366.509	35.472	2.430	0	0	0	37.902
Strukturierte Schuldtitel	0	0	0	0	0	0	0
Besicherte Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	1.035.927	36.337	6.895	871	407	6.261	36.507
Derivate	0	0	0	0	0	0	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	27.745	1.981	4	345	0	110	1.530
Sonstige Darlehen	245	1.725	0	0	0	35.805	-34.079
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	542	0	0	0	0	0	0
Summe	3.872.577	110.498	13.331	1.217	407	44.444	78.576

Die Verwaltungsaufwendungen und die sonstigen Aufwendungen für die Kapitalanlagen sind nicht in der Tabelle enthalten und betragen für das Geschäftsjahr 1.633 Tsd. € gegenüber 1.548 Tsd. € im Vorjahr.

Der Bilanzposten Staatsanleihen enthält insbesondere Schulscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen deutscher Bundesländer und Förderbanken (z. B. der NRW.Bank), Anleihen deutscher Bundesländer und europäischer Staaten sowie Anleihen und Namensschuldverschreibungen supranationaler Emittenten (z. B. der Europäischen Investitionsbank). Der Bilanzposten Unternehmensanleihen enthält insbesondere von Kreditinstituten gegebene Pfandbriefe und Schuldverschreibungen.

Die Gesamtsumme der laufenden Erträge belief sich für das Geschäftsjahr auf 110.498 Tsd. € (Vj. 112.163 Tsd. €). Davon entfielen 36.337 Tsd. € auf den Bilanzposten Organismen für gemeinsame Anlagen, 35.472 Tsd. € auf Unternehmensanleihen und 34.918 Tsd. € auf Staatsanleihen. Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen überstiegen mit 13.331 Tsd. € die Abgangsverluste von 1.217 Tsd. € um 12.114 Tsd. €. Die

Zuschreibungen der Kapitalanlagen lagen mit 407 Tsd. € deutlich unter den gebuchten Abschreibungen von 44.444 Tsd. €.

Das außerordentliche Kapitalanlagenergebnis betrug -31.922 Tsd. € (Vj. 871 Tsd. €). Außerordentliche Abschreibungen auf Darlehen an Immobilienunternehmen trugen maßgeblich zu diesem Ergebnis bei.

LVM-Kranken weist wie im Vorjahr keine direkt im Eigenkapital erfassten Gewinne und Verluste aus.

Im Geschäftsjahr 2025 waren wie in den Vorjahren keine Anlagen in Verbriefungen im Bestand.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Sonstige wesentliche Erträge und Aufwendungen sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten. Wesentliche Leasingvereinbarungen liegen nicht vor.

A.5 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen über die Geschäftstätigkeit und das Ergebnis sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten.

B Governance

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Vorstand LVM-Kranken

LVM-Kranken ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des LVM Landwirtschaftlichen Versicherungsverein Münster a.G. (LVM a.G.). Zwischen LVM-Kranken (abhängiges Unternehmen) und dem LVM a.G. (beherrschendes Unternehmen) besteht ein Abhängigkeitsverhältnis im Sinne von § 17 Aktiengesetz. LVM-Kranken mit Sitz in Münster wird aktuell von 6 Vorstandsmitgliedern geleitet. Die Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstands erfolgt auf Grundlage eines Geschäftsverteilungsplans. Die Mitglieder des Vorstands haben die Verantwortung für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands von LVM-Kranken sind entsprechend in einer Geschäftsordnung festgelegt. Ausschüsse im Vorstand wurden nicht gebildet.

Aufsichtsrat LVM-Kranken

Der Aufsichtsrat von LVM-Kranken besteht aktuell aus 6 Personen und bildet das Kontrollorgan von LVM-Kranken. Er bestellt, überwacht und berät den Vorstand von LVM-Kranken bei wichtigen Themenstellungen. Zudem wird er in für LVM-Kranken wesentliche Entscheidungen eingebunden. Der Aufsichtsrat wird in regelmäßigen Sitzungen über die Unternehmensplanung sowie grundlegende Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage und die Entwicklungen im konzernweiten Risikomanagement unterrichtet. Der Aufsichtsrat kann beschließen, dass aus seiner Mitte Ausschüsse gebildet werden. Für LVM-Kranken ist derzeit folgender Ausschuss eingerichtet:

■ Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, sich mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems, des internen Revisionssystems und der Compliance sowie der Abschlussprüfung zu befassen.

Governance-System von LVM-Kranken

Innerhalb von LVM-Kranken ist der Vorstand für die Einrichtung der Schlüsselfunktionen und die Festlegung der Governance-Systematik verantwortlich. LVM-Kranken ist in die Governance-Systematik der LVM-Versicherungsgruppe integriert. Darüber hinaus stellt der LVM a.G. LVM-Kranken seinen Außendienst zur Akquisition und zur Betreuung der Kunden zur Verfügung, ferner das Innendienstpersonal zur Verkaufsförderung, Antrags-, Vertrags- und Leistungsbearbeitung sowie Büroräume und die zur Bewältigung aller Geschäftsvorgänge erforderlichen technischen Einrichtungen. Zudem sind u. a. die Aufgaben der Bereiche Portfolio Management, Rechnungswesen, Datenverarbeitung, interne Revision, die versicherungsmathematische Funktion sowie die Funktion des Risikomanagements und Compliance auf die Muttergesellschaft verlagert.

Aufgrund der bestehenden Aufbauorganisation sowie der damit verbundenen Kosten-Nutzen-Vorteile sind für LVM-Kranken zuständige Vorstandsmitglieder als Ausgliederungsbeauftragte für die 4 Schlüsselfunktionen (versicherungsmathematische Funktion, unabhängige Risikocontrollingfunktion, Compliance-Funktion und Revisionsfunktion) benannt worden. Auf Vorstandsebene werden sämtliche relevante Informationen

entsprechend zusammengeführt. Neben der ausreichenden Betrachtung der Ausgliederungsrisiken wird somit ein übergreifender Blick über die jeweiligen Themengebiete sichergestellt. In der jeweiligen Funktion ist das jeweilige Vorstandsmitglied für die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Schlüsselfunktion verantwortlich.

Die Governance-Struktur der LVM-Versicherungsgruppe und somit die von LVM-Kranken und insbesondere die Ausgestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation in Bezug auf das Risikomanagementsystem orientieren sich an der grundsätzlichen Systematik der „3 Verteidigungslinien“ (Three-Lines-of-Defence-Modell).

In der ersten Verteidigungslinie sind die operativen Geschäftseinheiten für die konkrete Risikosteuerung sowie die Implementierung eines internen Steuerungs- und Kontrollsystems in ihrer Abteilung verantwortlich. Hierbei haben sie die dafür jeweils geltenden externen Regelungen (Gesetze, BaFin-Rundschreiben etc.) sowie internen Vorgaben (z. B. aus den innerbetrieblichen Leitlinien) zu beachten.

Auf der zweiten Verteidigungslinie befinden sich 3 der 4 aufsichtsrechtlich geforderten Schlüsselfunktionen, die unabhängige Risikocontrollingfunktion, die versicherungsmathematische Funktion sowie die Compliance-Funktion. Diese Governance-Funktionen erfüllen im Rahmen ihrer aufsichtsrechtlich normierten Aufgaben insbesondere eine zentrale Überwachungs- und Beratungsfunktion. In dieser Funktion unterstützen sie den Vorstand bei der Erstellung der innerbetrieblichen Vorgaben für die operativen Geschäftsbereiche.

Unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF) und Compliance-Funktion

Die unabhängige Risikocontrollingfunktion hat die zentrale Aufgabe, die Umsetzung des Risikomanagementsystems der LVM-Unternehmensgruppe maßgeblich zu fördern. Hauptziel der Compliance-Funktion ist es, systematisch dazu beizutragen, dass Verstöße gegen externe Regelungen vermieden bzw. wesentlich erschwert und eingetretene Verstöße erkannt und bearbeitet werden können. Die unabhängige Risikocontrollingfunktion und die Compliance-Funktion sind organisatorisch im IT-Ressort angesiedelt. Die unabhängige Risikocontrollingfunktion sowie die Compliance-Funktion sind ausdrücklich nicht für das Eingehen von Risiken oder die Steuerung von Risiken auf operativer Ebene verantwortlich. Hierdurch werden mögliche Interessenkollisionen von Beginn an vermieden.

Versicherungsmathematische Funktion (VmF)

Die versicherungsmathematische Funktion ist für die in § 31 VAG genannten Aufgaben verantwortlich. Die versicherungsmathematische Funktion wird durch eine intern verantwortliche Person wahrgenommen, die bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch ein Gremium unterstützt wird. Die operationelle Unabhängigkeit wird unter anderem durch die Besetzung des Gremiums mit Personen aus unterschiedlichen Abteilungen/Bereichen gewahrt. Potenzielle Interessenkonflikte werden somit bei der Erfüllung der genannten Aufgaben neutralisiert.

Revisionsfunktion

Die interne Revisionsfunktion ist als letztinstanzliche interne Überprüfungs- und Beratungsfunktion angesiedelt (dritte Verteidigungslinie). Diese Revisionsfunktion ist in einer unabhängigen, übergeordneten Stabsabteilung angesiedelt und dem

Vorstandsvorsitzenden direkt unterstellt. Sie dient gleichzeitig der gesamten Geschäftsleitung als Instrument zur Erfüllung ihrer unternehmerischen und gesetzlichen Aufgaben und Verantwortungen. Die Revisionsfunktion ist unabhängig von den zu prüfenden Bereichen und Prozessen, um mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden. In Ergänzung dazu werden keine Tätigkeiten durchgeführt, bei denen die Unabhängigkeit der Revisoren gefährdet sein könnte.

Die Schlüsselfunktionen arbeiten eng zusammen und üben ihre Tätigkeit auf der Basis jeweils einer vom Vorstand von LVM-Kranken genehmigten Geschäftsordnung aus. Die jeweiligen Geschäftsordnungen legen neben der organisatorischen Einbindung in das Unternehmen die Aufgabenstellung und Ziele, die Rechte und Pflichten sowie die Zusammenarbeit mit Dritten fest. Die Inhalte der jeweiligen Geschäftsordnungen werden aufeinander abgestimmt.

Für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben steht den Schlüsselfunktionen ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht zu. Seitens der Geschäftsleitung wird sichergestellt, dass die quantitative und qualitative Personal- und Sachausstattung der Schlüsselfunktionen jederzeit so beschaffen ist, dass diese der Art und dem Umfang der Aufgaben gerecht wird.

Das Governance-System der LVM Versicherung unterliegt einer regelmäßigen – mindestens einmal jährlich erfolgenden – internen Überprüfung. Ziel der Überprüfung ist es, die Angemessenheit und Wirksamkeit des Governance-Systems zu beurteilen.

Angaben zu Vergütungsleitlinien, Vergütungsansprüchen und Vergütungspraktiken

Die Personalangelegenheiten der LVM-Gruppe werden von dem LVM a.G. wahrgenommen. Die entstehenden Personalkosten werden verursachungsgerecht auf die Unternehmen der LVM-Gruppe verteilt.

Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den Strategien der Unternehmen der LVM-Gruppe. Die Vergütungssysteme für Vorstand und Mitarbeitende beinhalten keine negativen Anreize, die zum Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken oder zur Entstehung von Interessenkonflikten führen. Sie berücksichtigen die wesentlichen Risiken und deren Zeithorizont sowie den Erfolg des Einzelnen bzw. der einzelnen Organisationseinheit und den Gesamterfolg des Unternehmens angemessen.

Nachhaltigkeitsrisiken bilden einen Teil der berücksichtigten Risiken. Sie sind Bestandteil bestehender Risikokategorien bzw. wirken auf diese ein und werden nicht als eigenständige Risikokategorie betrachtet. Nachhaltigkeitsrisiken werden somit mittelbar im Rahmen des Risikomanagementsystems und der Geschäftspolitik der LVM-Gruppe berücksichtigt. Die Berücksichtigung von Risiken in der Vergütungspolitik für Vorstände erfolgt unter anderem durch Berücksichtigung der Solvenzquote der LVM-Gruppe. Eine unzureichende Kapitalausstattung oder schwerwiegende Pflichtverletzungen einzelner Vorstandsmitglieder können zur Reduktion oder zum Verfall variabler Vergütungsbestandteile führen.

Die Vergütungssysteme werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit geprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Überprüfung erfolgt jeweils durch den Vorstand bzw. den

Aufsichtsrat mit Unterstützung der Abteilung Personal. Aufgrund der Größe der LVM-Gruppe und der internen Organisation wurde auf die Einrichtung unabhängiger Vergütungsausschüsse verzichtet.

Die Vergütung besteht regelmäßig aus festen und variablen Vergütungsbestandteilen. In Abhängigkeit der Funktion variiert das Verhältnis der vorgenannten Vergütungsbestandteile. Dieses Verhältnis ist stets ausgewogen, sodass der feste bzw. garantierte Vergütungsbestandteil einen ausreichend hohen Anteil ausmacht und die Abhängigkeit vom variablen Vergütungsbestandteil vermieden wird.

Mitglieder des Vorstands erhalten einen Anteil von 60% der variablen Vergütung erst mit einer zeitlichen Verzögerung von drei Jahren ausgezahlt. Bei Inhabern der Schlüsselfunktionen wird aufgrund der geringeren Höhe des variablen Vergütungsbestandteils auf eine Auszahlung mit zeitlicher Verzögerung verzichtet. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine variable Vergütung. Damit werden mögliche Fehlanreize und Interessenkonflikte vermieden.

Für die Bemessung der variablen Vergütung werden ergebnis- und performanceorientierte Ziele vereinbart. Diese berücksichtigen sowohl quantitative als auch qualitative Vorgaben. Bei den kollektiven Unternehmenszielen stehen Ertrags-, Wachstums- und Kostengrößen im Fokus. Diese werden regelmäßig um geschäftsbereichsbezogene Ziele ergänzt (z. B. Projektergebnisse, Prozessoptimierungen). Individuelle Erfolgskriterien bei Zielvereinbarungen stellen beispielsweise auf Aspekte der Kundenorientierung, der Nachhaltigkeit und der Nutzung von KI ab.

Den Mitgliedern des Vorstands, den Inhabern der Schlüsselfunktionen sowie allen Mitarbeitenden wurden betriebliche Altersversorgungszusagen erteilt. Die Art der Versorgungszusage ist abhängig vom Zeitpunkt des Unternehmenseintritts bzw. vom Zeitpunkt der erstmaligen Bestellung zum Mitglied der Geschäftsleitung. Zuletzt erfolgten beitragsorientierte Leistungszusagen. Zuvor dominierten endgehalts- und dienstzeitabhängige Leistungszusagen. Die Zusagen bei Mitgliedern der Geschäftsleitung sind mit Übergangsgeldregelungen für den Fall fehlender Wiederbestellung ausgestattet. Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden keine Altersversorgungszusagen erteilt.

Wesentliche Transaktionen im Berichtsjahr

Im Berichtszeitraum wurden die unter Punkt B.7 Outsourcing genannten ausgegliederten Funktionsbereiche von LVM-Kranken in Anspruch genommen und die Kosten dafür vom Mutterunternehmen in Rechnung gestellt. Wesentliche Transaktionen mit Personen des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans, die einen signifikanten Einfluss auf die wirtschaftliche Lage des Unternehmens haben, liegen nicht vor.

Auf der Grundlage eines jährlichen Überprüfungsprozesses wird analysiert, ob mit dem LVM nahestehenden Personen (Vorstand, Aufsichtsrat, deren Angehörige, Geschäftsführer von Tochterunternehmen, Inhaber von Schlüsselfunktionen) wesentliche Geschäfte zu marktunüblichen Konditionen getätigt wurden. Die Überprüfung hat ergeben, dass im Berichtsjahr keine wesentlichen Geschäfte zu marktunüblichen Konditionen geschlossen worden sind.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Auf der Grundlage von §23 Abs. 3 VAG i. V. m. §24 VAG und unter Berücksichtigung der nachstehend genannten Verlautbarungen der BaFin haben die Vorstände und die Aufsichtsräte der LVM-Unternehmensgruppe diese Leitlinie verabschiedet (MaGo – Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen – Rundschreiben 9/2025 (VA) – der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vom 14.7.2025; BaFin-Merkblatt zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Mitgliedern von Verwaltungs- oder Aufsichtsorganen gemäß VAG (22.10.2025) und Merkblatt zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Geschäftsleitern gemäß VAG (22.10.2025)).

Mit der Leitlinie „Fit & Proper“ für Vorstände und Aufsichtsräte kommt die LVM Versicherung ihrer Verpflichtung nach, Rahmenbedingungen und Prozesse zu beschreiben, die sicherstellen, dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Bezug auf fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder im Unternehmen erfüllt werden.

Auf der Grundlage von §23 Abs. 3 VAG i. V. m. §24 VAG und unter Berücksichtigung des Merkblatts der BaFin zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Personen, die für Schlüsselfunktionen verantwortlich oder für Schlüsselfunktionen tätig sind (vom 8.5.2025) haben die Gesamtvorstände der LVM-Gruppe die Leitlinie „Fit & Proper“ verabschiedet und weiterentwickelt. Mit dieser Leitlinie werden Rahmenbedingungen und Prozesse festgeschrieben, die die aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Bezug auf fachliche Qualifikation („Gewährleistung eines soliden und vorsichtigen Managements“) und persönliche Zuverlässigkeit („zuverlässig und integer“) für die Schlüsselfunktionen interne Revision, Compliance, Risikocontrolling und versicherungsmathematische Funktion im Unternehmen erfüllen.

Anforderungen an die fachliche Qualifikation

Die spezifischen Anforderungen an die Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde nach §24 ff. VAG variieren inhaltlich für die Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats sowie die Inhaber und Mitarbeitenden der Schlüsselfunktionen und sind für die jeweiligen verantwortlichen Inhaber und die in den jeweiligen Abteilungen tätigen Mitarbeitenden im Rahmen der Leitlinie Fit & Proper im Detail dargestellt.

Die erforderlichen fachlichen Qualifikationen für die Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats sind mindestens:

Vorstand

Der Vorstand muss in seiner Gesamtheit über angemessene Qualifikationen, Erfahrungen und Kenntnisse in zumindest folgenden Bereichen verfügen:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell
- Governance-System
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse
- Regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen

Dabei ist zu beachten, dass jedes einzelne Mitglied der Geschäftsleitung über ausreichende Kenntnisse aller Geschäftsbereiche verfügen muss, um eine entsprechende Kontrolle zu gewährleisten. Bei einer ressortbezogenen Spezialisierung wie bei der LVM-Gruppe sind für die konkrete Ressortzuständigkeit des einzelnen Vorstandsmitglieds vertiefte Kenntnisse erforderlich.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat muss in seiner Gesamtheit über angemessene Qualifikationen, Erfahrungen und Kenntnisse in zumindest folgenden Bereichen verfügen:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell
- Governance-System
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse
- Regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen

Die erforderlichen fachlichen Qualifikationen für die in den Schlüsselfunktionen tätigen Mitarbeitenden sind mindestens:

Risikocontrolling:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (vorzugsweise Betriebswirtschaft oder Mathematik) oder
- eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung (oder vergleichbare Ausbildung)
- Kenntnisse über Risikostruktur und die wesentlichen Prozesse des Unternehmens
- aktuelles fachspezifisches Wissen, insbesondere über die Anforderungen an ein aufsichtsrechtliches Risikomanagementsystem für Versicherungsunternehmen

Compliance:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (vorzugsweise Betriebswirtschaft oder Rechtswissenschaft) oder
- eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung (oder vergleichbare Ausbildung)
- Kenntnisse über Risikostruktur und die wesentlichen Prozesse des Unternehmens
- aktuelles funktionspezifisches Wissen im Bereich Compliance

Interne Revision:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (vorzugsweise Betriebswirtschaft, Mathematik oder Rechtswissenschaft) oder
- eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung (oder vergleichbare Ausbildung)
- idealerweise Berufserfahrung in einer Revisionsabteilung der Versicherungs- oder Finanzdienstleistungsbranche
- Kenntnisse über Risikostruktur und die wesentlichen Prozesse des Unternehmens
- aktuelles revisionspezifisches Wissen

Versicherungsmathematische Funktion:

- angemessene Kenntnisse der Versicherungs- und der Finanzmathematik (Studium Mathematik, ggf. Aktuar)
- einschlägige Erfahrungen zu den maßgeblichen fachlichen und sonstigen Standards
- Wissen über Art, Umfang und Komplexität der Risiken des Versicherungsunternehmens

Die jeweiligen Inhaber der Schlüsselfunktionen sollten neben einer mindestens 3-jährigen Berufserfahrung im relevanten Bereich, zusätzlich über eine 3-jährige Führungserfahrung verfügen.

Soweit Ausgliederungsbeauftragte Inhaber von Schlüsselfunktionen sind, so müssen sie gleichsam über die o. g. fachlichen Qualifikationen verfügen, die es ihnen damit ermöglicht, die Wahrnehmung der ausgegliederten Funktion zu überwachen und zu bewerten.

Eine (Vor-) Tätigkeit in anderen Branchen, in der öffentlichen Verwaltung oder aufgrund von politischen Mandaten kann die fachliche Eignung begründen, wenn sie über einen längeren Zeitraum maßgeblich auf wirtschaftliche oder rechtliche Fragestellungen ausgerichtet und nicht völlig nachgeordneter Natur war oder ist.

Auswahl

Zur Stellenbesetzung wendet die LVM-Gruppe mehrstufige Auswahlverfahren an, in denen neben den fachlichen Qualifikationen auch weitergehende persönliche Kompetenzen oder bei Leitungsfunktionen auch Führungskompetenzen geprüft werden. Der Auswahlprozess erfolgt bei der LVM-Gruppe dabei im Rahmen der definierten Auswahlrichtlinien. Es können verschiedene Auswahlinstrumente genutzt werden, die je nach Stelle und Anforderungen differieren. Die konkrete Vorgehensweise orientiert sich an den jeweiligen Anforderungen der zu besetzenden Stelle. Bei der LVM werden folgende Auswahlinstrumente angewandt:

- Teilstrukturiertes Interview mit situativen Fallbeispielen anhand des LVM-Kompetenzmodells
- Fach- und/oder Selbstpräsentation
- Rollenspiel
- Fallstudie zu Fach- und/oder Führungsthemen

Die persönlichen und zuvor beschriebenen fachlichen Anforderungen an die Stelle ergeben sich aus den jeweiligen Aufgabengebieten und werden vor der Ausschreibung gemeinsam mit der Fachabteilung und Abteilung Personal final abgestimmt.

Die finale Besetzungsentscheidung bei den Schlüsselfunktionen erfolgt immer mit Beteiligung des Vorstands.

Sicherstellung der Qualifikation im Zeitablauf

Die Beurteilung der fachlichen Eignung ist nicht auf den Zeitpunkt der Auswahl bzw. der Bestellung bzw. Aufgabenzuweisung der betroffenen Personen beschränkt. Insbesondere legt die LVM-Gruppe Wert darauf, dass eine stetige Weiterbildung erfolgt, sodass die

Personen imstande sind, die sich wandelnden bzw. steigenden Anforderungen in Bezug auf ihre Aufgaben im Unternehmen zu erfüllen.

Zur Überprüfung erhält die Unternehmensleitung einen jährlichen Bericht über die durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen.

Persönliche Zuverlässigkeit

In der Leitlinie sind im Weiteren die Anforderungen an die persönliche Zuverlässigkeit („proper“) von Inhabern und Mitarbeitenden von Schlüsselfunktionen im Detail beschrieben. Die Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit erfolgt durch eine detaillierte Prüfung des Lebenslaufs inklusive aller Zeugnisse und Weiterbildungsnachweise. Darüber hinaus ist im Einstellungsprozess eine Versicherung abzugeben, dass alle persönlichen Angaben wahrheitsgemäß sind und alle Dokumente im Original vorliegen. Auf Anfrage sind diese zusätzlich im Original vorzuzeigen. Auf diesem Wege erfolgt gleichzeitig eine Prüfung auf mögliche Interessenkonflikte im Hinblick auf die auszuübende Funktion. Weiterhin sind behördliche Nachweise (mindestens polizeiliches Führungszeugnis entsprechend den Regelungen der §§30 ff. Bundeszentralregistergesetz [BZRG]) im Rahmen der Bewertung vorzulegen. Der Nachweis wird bei Inhabern von Schlüsselfunktionen mittels der Vorlage eines Führungszeugnisses entsprechend den Regelungen der §§30 ff. Bundeszentralregistergesetz (BZRG) (Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde, §30 Abs. 5 BZRG) geführt. Das Behördenführungszeugnis wird vom Bundesamt für Justiz (BfJ) unmittelbar an die BaFin übersandt.

Im Zeitablauf gelten dann weitergehende Regelungen zur selbstverpflichtenden und aktiven Information (an den Leiter der Abteilung Personal) bei einschlägigen Änderungen in relevanten Rechtsgebieten.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Ziele des Risikomanagements

Das Risikomanagement von LVM-Kranken verfolgt den systematischen Ansatz, einen risikobasierten möglichen Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen. Die Früherkennung dieses Handlungsbedarfs ermöglicht es, die Risikohandhabung und Chancennutzung optimal zu planen sowie effektiv und effizient zu realisieren. Dementsprechend ist ein effektives Risikomanagement von zentraler Bedeutung.

Risikoorganisation

Für LVM-Kranken wird ein systematischer Risikomanagementprozess zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung bestandsgefährdender und wesentlicher Risiken eingesetzt. Hierbei nimmt die Abteilung RüC als eine der 4 obligatorisch einzurichtenden Schlüsselfunktionen die uRCF wahr. Die Aufgaben und Befugnisse der uRCF ergeben sich im Wesentlichen aus den Anforderungen des VAG, der DVO sowie der MaGo.

Zur Sicherstellung des systematischen Risikomanagementprozesses sowohl auf Einzel- als auch auf aggregierter Ebene wurde für LVM-Kranken zudem ein mehrstufiges System von Risikokomitees eingerichtet. Diese Komitees existieren auf Konzern-, Ressort- und Abteilungsebene.

Risikobewertung – aggregierte Sicht

Die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung sowie die Solvenzberechnungen basieren bei LVM-Kranken auf der Standardformel. Somit werden innerhalb dieser Berechnungen im Rahmen des ORSA-Prozesses auf aggregierter Ebene die Solvency II-Risikokategorien

- Marktrisiko (inkl. Spreadrisiko),
- Ausfallrisiko,
- versicherungstechnisches Risiko und
- operationelles Risiko

unmittelbar berücksichtigt.

Das Konzentrationsrisiko ist sowohl innerhalb des Marktrisikos als auch innerhalb der versicherungstechnischen Risiken abgebildet. In der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs sind die Risikokategorien Liquiditätsrisiko, Reputationsrisiko und das strategische Risiko nicht berücksichtigt, sie werden jedoch qualitativ beschrieben. Der Fokus liegt hierbei auf den Risikosteuerungsmaßnahmen.

Risikobewertung – Einzelrisikoebene: Risikoinventur

Die Durchführung einer Jahres-Risikoinventur sowie von Quartals-Risikoinventuren in Zusammenarbeit der uRCF und allen Abteilungen bilden einen zentralen Bestandteil des Risikomanagementprozesses. Dabei werden die Risiken auf Ebene der Einzelrisiken durch die Risikoverantwortlichen identifiziert, bewertet und mit Maßnahmen versehen, welche die Eintrittshäufigkeit und Auswirkungshöhe reduzieren.

Die Ergebnisse der Risikoinventur werden in den Ressort-Risikokomitees und aggregiert in den Konzern-Risikokomitees vorgestellt, diskutiert und validiert.

Zudem führt die uRCF eine quartalsweise Risikoinventur durch und fragt ab, ob sich eine wesentliche Veränderung der Risikolage der jeweiligen Abteilungen ergeben hat.

Für die jeweiligen Risikopositionen wird eine aktive Risikosteuerung auf operativer Ebene durchgeführt. Soweit möglich und sinnvoll werden die Maßnahmen zur Risikosteuerung dabei bereits im Vorfeld entwickelt und dokumentiert.

Limit- und Schwellenwertsystem

Ein weiteres zentrales Element des Risikomanagementsystems ist die Definition von Risikoindikatoren und die Festlegung von Schwellenwerten im Rahmen eines operativen Limitsystems (Frühwarnsystem). Die Risikosteuerung und -überwachung wird auf Ebene der Risikokategorien – wo sinnvoll und möglich – durch die Verabschiedung von Schwellenwerten durch den Vorstand operationalisiert. Die Implementierung dieser Schwellenwerte erfolgt konservativ und wird konsistent mit der Risikostrategie vorgenommen. Zur Visualisierung dieser Schwellenwerte werden Ampelsysteme eingesetzt. Überschreitet ein Risikoindikator einen Schwellenwert, kann sich isoliert oder in Verbindung mit weiteren Risiken ein wesentliches oder bestandsgefährdendes Risiko verwirklichen. Spätestens das Überschreiten eines Schwellenwerts setzt einen Eskalationsprozess in Gang, mit dem geeignete Maßnahmen zur Risikoreduzierung eingeleitet werden. Durch dieses System ist

es möglich, schnell und der Situation angemessen zu reagieren und somit die Risiken für die Gruppe weiter zu minimieren. Grundsätzlich gelten die Eskalationsprozesse synonym für alle Risikokategorien des Unternehmens. Hierbei wird zwischen dem Überschreiten einer gelben, orangenen und roten Schwelle unterschieden.

Die Auslastung der verschiedenen operativen Risikolimits wird – genau wie die Ergebnisse der quartalsweisen Risikoinventur – im Rahmen des durch die uRCF erstellten Risiko-Quartalsberichts dargelegt. Neben den Risikolimits werden wesentliche Veränderungen der Risikolage beschrieben. Der Risiko-Quartalsbericht wird allen risikoverantwortlichen Abteilungsleitungen sowie dem Vorstand zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand regelmäßig über die Auslastung der operativen Risikolimits mit Hilfe einer Status-E-Mail informiert.

Die uRCF entwickelt in Abstimmung mit dem Vorstand das Risikomanagementsystem stetig weiter und nutzt dabei interne und externe Impulse zur Anpassung der bestehenden Prozesse. Wesentliche Erweiterungen der Risikomanagementprozesse werden im Konzern-Risikokomitee vorgestellt und nach einem entsprechenden Vorstandsbeschluss umgesetzt.

Neben der Berichterstattung über die Risikolage des Unternehmens berät die uRCF andere Abteilungen des Unternehmens in Risikothemen und erstellt für wesentliche Unternehmensentscheidungen, wie z. B. die Einführung neuer Produkte, unabhängige Stellungnahmen aus Risikosicht, die der Vorstand im Rahmen seiner Entscheidungsfindung berücksichtigt.

Die Funktionsfähigkeit und die aufsichtsrechtlich definierten Vorgaben sämtlicher Bestandteile des Risikomanagementsystems sowie der Geschäftsprozesse werden durch die Einrichtung eines umfangreichen IKS gewährleistet, das jede Abteilung bzw. jeder Bereich von LVM-Kranken eingerichtet und dokumentiert hat.

Die Gesamtheit der Risikomanagementprozesse zur systematischen Identifizierung, Überwachung und Steuerung bestandsgefährdender und wesentlicher Risiken hat das Ziel, den Fortbestand und die Ertragskraft von LVM-Kranken auch in der Zukunft sicherzustellen.

ORSA

Der ORSA-Prozess wird bei LVM-Kranken einmal jährlich parallel zur Geschäftsplanung durchgeführt. Er setzt sich aus der Risikoinventur, der Quantifizierung des OCR im Rahmen von Mehrjahresprojektionen sowie der Quantifizierung des OCR über den Einjahreshorizont zusammen. Dabei werden in der Risikoinventur die Risiken auf Ebene der Einzelrisiken durch die Risikoverantwortlichen identifiziert und mit Maßnahmen zur Minderung der Eintrittshäufigkeit und Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungshöhe versehen. Die innerhalb der Risikoinventur betrachteten Risiken werden über die Risikokategorien aggregiert und mit den in der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs berücksichtigten Risiken abgeglichen.

Die Risikoinventur findet parallel zur ersten Planungsrunde in der Mitte des Jahres statt, sodass ein Abgleich der berücksichtigten Risiken vor der Durchführung der Projektionen stattfinden kann. Die Quantifizierung der Risiken im Rahmen der unternehmenseigenen

Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung über den Geschäftsplanungszeitraum im Rahmen von Mehrjahresprojektionen werden im Anschluss an und basierend auf der ersten Planungsrunde der strategischen Planung durchgeführt. Im Anschluss an die erste Planungsrunde wird die Vorgehensweise des ORSA-Prozesses vom Vorstand diskutiert und verabschiedet. Die Projektions- und Stichtagsberechnungen beginnen im vierten Quartal und basieren auf den gemäß der strategischen Planung projizierten Bilanzen für die betrachteten Folgejahre. Die Ergebnisse der Projektionen werden dem Vorstand im Rahmen einer Vorstandsklausurtagung vorgestellt und vom Vorstand plausibilisiert und hinterfragt. Somit kann er die strategische Planung aus Risikosicht beurteilen. Sollten sich im Rahmen der zweiten Planungsrunde zwischen den beiden Vorstandsklausuren Änderungen in der Planung ergeben, die wesentlichen Einfluss auf die Solvabilitätsbeurteilung haben, werden diese gegebenenfalls auch in einem Ad-hoc-ORSA angemessen berücksichtigt. Im Anschluss werden die Ergebnisse in einem ORSA-Bericht dokumentiert, der im ersten Quartal der deutschen Aufsichtsbehörde BaFin zugesendet wird.

Insgesamt wird der ORSA-Prozess von LVM-Kranken als rollierender Prozess definiert. Zunächst werden strategische Vorgaben gemacht und im weiteren Verlauf des Prozesses wird analysiert, ob diese erreicht wurden und ob gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen sind, die Anpassungen am ORSA-Prozess notwendig machen. In der Regel ist eine Kombination aus unterschiedlichen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen erforderlich, um die gewünschten Ziele zu erreichen. Unter die Steuerungsmaßnahmen fallen sowohl die Zielkorridore, welche in der Risikostrategie festgelegt werden, als auch das Kapitalmanagement, welches zur Steuerung der Solvabilität zum Einsatz kommt. Als weitere zentrale Steuerungsmöglichkeit wird das Rückversicherungsprogramm gesehen. Sämtliche gezogene Erkenntnisse bilden die Grundlage für den ORSA-Prozess des folgenden Jahres und fließen als Steuerungsimpulse in die nächsten strategischen Vorgaben mit ein.

Sollten externe oder interne Ereignisse eintreten, die eine wesentliche Verschlechterung des Risikoprofils bewirken können, wird ein außerordentlicher ORSA-Prozess (Ad-hoc-ORSA-Prozess) durchgeführt. Auslöser eines Ad-hoc-ORSA-Prozesses sind wesentliche Änderungen des Risikoprofils infolge interner Entscheidungen und/oder externer Faktoren. Diese lösen einen Eskalationsprozess aus, in dem die Situationen begutachtet und eine Entscheidung über die Durchführung eines Ad-hoc-ORSA-Prozesses durch den Vorstand herbeigeführt wird. Mindestens die folgenden Ereignisse gelten als Auslöser:

- Einstieg in neue Geschäftsbereiche
- Wesentliche Änderungen der Risikotoleranzschwellen oder Rückversicherungsvereinbarungen
- Wesentliche Änderungen der Risiko- und Bewertungsmodelle
- Bestandsübertragungen bei den Versicherungsgesellschaften
- Wesentliche Abweichungen von der verabschiedeten SAA, zum Beispiel durch Kapitalmarktverwerfungen

B.4 Internes Kontrollsystem

Internes Kontrollsystem

Für die operative Ausgestaltung des IKS bei LVM-Kranken sind die operativen Abteilungen bzw. Bereiche verantwortlich. Dies bedeutet insbesondere, dass die konkrete Risikosteuerung sowie die Implementierung des IKS abteilungsindividuell ausgestaltet werden kann, sofern die jeweils für eine Abteilung bzw. Aufgabenbereich geltenden externen sowie internen Mindestvorgaben beachtet werden. Vor diesem Hintergrund hat die Geschäftsleitung von LVM-Kranken die Leitlinie „Interne Kontrollen“ erlassen, die grundsätzliche Dokumentations- und Mindestinhalte im Rahmen der IKS-Dokumentation vorgibt.

Die Verantwortung für die Umsetzung trägt der jeweilige Vorstand. Dabei werden die Abteilungsleitungen bzw. die Unternehmensbeauftragten (bspw. Rechtsbereichsbeauftragte oder intern verantwortliche Personen für Schlüsselfunktionen) über die Dokumentationsverpflichtung der internen Kontrollsysteme informiert. Je nach Risikosituation bestimmt die Abteilungsleitung in eigener Verantwortung den Detaillierungsgrad der Dokumentation und gibt ihrem Ressortvorstand hierzu die notwendigen Begründungen.

Die Leitlinie „Interne Kontrollen“ basiert auf dem internen Kontrollrahmen von LVM-Kranken. Zentrales Element und Fundament des internen Kontrollsystems von LVM-Kranken bildet das interne Kontrollumfeld, welches den Rahmen darstellt, innerhalb dessen die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen eingeführt und angewendet werden. Dieses ergibt sich aus dem Leitbild von LVM-Kranken (Sicherheit, Vertrauen und Verantwortung), welches aus der LVM-Kultur und der Geschäftsstrategie abgeleitet wird.

Weiteres wesentliches Element des internen Kontrollrahmens ist die interne Kontrolltätigkeit. Für Geschäftsprozesse, bei denen mögliche Risiken aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeitenden- und systembedingten oder externen Vorfällen entstehen können, haben die Abteilungen bzw. Bereiche entsprechende interne Kontrollen zu entwickeln, einzurichten und angemessen zu dokumentieren. Je höher die Auswirkungen des zugrunde liegenden Risikos auf die Geschäftsprozesse sein können, desto zeitnahe und umfassender haben die entgegengewirkenden Kontrollen und Maßnahmen ausgestaltet zu sein.

Zur erfolgreichen Umsetzung des internen Kontrollsystems sind Information und Kommunikation als drittes wesentliches Element des internen Kontrollrahmens von besonderer Bedeutung. Die für die Mitarbeitenden relevanten Informationen des internen Kontrollsystems werden angemessen, zeitgerecht, aktuell und korrekt in zugänglicher Form bereitgestellt, damit diese sich ihrer Kontrollaufgabe sowie möglichen Verantwortlichkeit innerhalb des IKS bewusst sind. Fehlerhafte Kontrollen und Kontrolllücken sind umgehend auszubessern. In Fällen, in denen eine zeitnahe Ausbesserung nicht möglich ist, sind zumindest Maßnahmen zu entwickeln, welche eine zukünftige Beseitigung der Kontrollschwächen bewirken.

Über eine jährliche Aktualitätsabfrage bzgl. der internen Kontrollsysteme ist sichergestellt, dass eventuell Ergänzungen oder Änderungen von Risiken, Prozessen, Kontrollen und Abläufen in die bestehenden Dokumentationen integriert werden.

Compliance-Funktion

Grundsätzlich haben alle Geschäftsführungsmitglieder von LVM-Kranken für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation zu sorgen, welche die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie der aufsichtsbehördlichen (und ggf. internen) Anforderungen gewährleistet. Hierfür sind alle Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich verantwortlich.

Alle Mitarbeitenden der Compliance-Funktion erfüllen die aktuell gültigen Fit & Proper-Anforderungen und bilden sich regelmäßig weiter.

In der Leitlinie der Compliance-Funktion hat der Vorstand von LVM-Kranken die Festlegung klarer Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, die Integration in die bestehende Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Abgrenzung entsprechender Rechte, Befugnisse und Aufgaben für die Compliance-Funktion geregelt und geltend gemacht. Die Leitlinie wird in regelmäßigen Abständen, zumindest aber einmal jährlich, auf Konformität mit den festgelegten Definitionen, Aufgaben, Prozessen, Befugnissen und Verantwortlichkeiten geprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Zusätzlich wurde eine Leitlinie zum Compliance-Management-System erstellt, welche die verschiedenen Prozesse des Compliance-Management-Systems erläutert und dokumentiert.

Den Mitarbeitenden der Compliance-Funktion steht gegenüber den Abteilungen von LVM-Kranken ein vollständiges und uneingeschränktes aktives und passives Informationsrecht zu. Sie sind berechtigt, uneingeschränkten Zugang zu allen für die Erfüllung der Aufgaben notwendigen Informationen zu erhalten.

Aktivitäten der Compliance-Funktion

Die Aktivitäten der Compliance-Funktion sind in einem Compliance-Aktivitätenplan festzulegen. Die verschiedenen Aktivitäten werden für LVM-Kranken in sogenannte Aktivitätenarten gegliedert. Diese sind u. a.:

- Schulungsmaßnahmen
- Rechtsänderungsmonitoring
- Hinweisgebersystem
- Compliance-Vorfall-Datenbank
- Compliance-Inventur/-Risikoanalyse
- Compliance-Berichterstattung
- Überwachungsmaßnahmen und IKS-Beratungen
- Fallweise/Vorfallbezogene und Ad-hoc-Compliance-Prüfungen
- Leitlinien-Management
- Weiterentwicklung des Compliance-Management-Systems
- Beratende Begleitung und/oder Leitung verschiedener compliance-relevanter (Umsetzungs-)Projekte
- Sonstige Compliance-Aktivitäten

Um die Auswahl identifizierter Compliance-Risiken resultierend aus den externen und internen Anforderungen des vielfältigen und umfangreichen Rechtsumfelds von LVM-Kranken effektiv und risikoorientiert handhaben zu können, ist eine entsprechende Bewertung und Analyse der jeweiligen Rechtsbereiche auf ihre Wesentlichkeit für LVM-Kranken vorzunehmen. Das Wesentlichkeitskonzept von LVM-Kranken enthält einen systematischen Bewertungsansatz für Compliance-Risiken, der es der Compliance-Funktion ermöglicht eine Priorisierung vornehmen zu können, welche wiederum ein Kriterium bei der Festlegung von Überwachungstätigkeiten (Compliance-Prüfungen, Ad-hoc-Compliance-Prüfungen) darstellen kann.

Die Compliance-Funktion hält einen direkten Berichtsweg zur Geschäftsleitung, um entsprechende Feststellungen und/oder Auffälligkeiten bezüglich compliance-relevanter Themen direkt an die verantwortliche Geschäftsleitung melden zu können. Zudem begleitet die Compliance-Funktion die Abteilungen sowie die Geschäftsleitung beratend und unterstützend in compliance-relevanten Themen.

B.5 Funktion der internen Revision

Die Funktion der internen Revision wird durch die Abteilung Konzernrevision wahrgenommen. Die Konzernrevision ist als unabhängige Stabsabteilung direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt. Sie dient gleichzeitig der gesamten Geschäftsleitung als Instrument zur Erfüllung ihrer unternehmerischen und gesetzlichen Aufgaben und Verantwortungen.

Die Aufgaben und Ziele sowie die Rechte und Pflichten der Konzernrevision sind in einer vom Vorstand genehmigten und vom Vorstandsvorsitzenden unterzeichneten Geschäftsordnung verankert.

Die Konzernrevision untersucht im Sinne eines risikoorientierten Prüfungsansatzes die Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit von Systemen, Strukturen, Prozessen und Investitionen unter Berücksichtigung der Unternehmensziele sowie der Geschäfts- und Risikostrategie. Dies bezieht sich auf die gesamte Geschäftsorganisation und insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS.

Die Prüfungstätigkeiten der Konzernrevision erstrecken sich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, auch auf solche, die auf andere Unternehmen ausgelagert sind.

Dabei erbringt die Konzernrevision unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Geschäftsleitung bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese zu verbessern hilft.

Die Tätigkeiten der Konzernrevision basieren auf einer risikoorientierten Mehrjahresplanung, die in einer entsprechenden Jahresplanung dokumentiert und vom Vorstandsvorsitzenden schriftlich genehmigt wird.

Die Prüfungsplanung, -methoden und -qualität werden kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt.

Die Konzernrevision besteht mit der Abteilungsleitung und der Assistenz aus 13 Mitarbeitenden mit unterschiedlichen Ausbildungs- und Tätigkeitsschwerpunkten. Die in der Konzernrevision eingesetzten Personen verfügen über einen Studienabschluss in Betriebswirtschaftslehre, Jura, Mathematik oder Informatik.

Sowohl der Leiter als auch die Mitarbeitenden der Konzernrevision nehmen keine darüber hinausgehenden Tätigkeiten im Unternehmen wahr. Potenzielle Interessenkonflikte können daher ausgeschlossen werden.

Bei der Prüfungsdurchführung, der Wertung der Prüfungsergebnisse und der Berichterstattung ist die Konzernrevision unabhängig, objektiv und keinen Weisungen unterworfen.

Zur Durchführung ihrer Arbeit steht der Konzernrevision ein uneingeschränktes Informations- und Prüfungsrecht zu. Insoweit sind der Konzernrevision unverzüglich alle erforderlichen Informationen zu erteilen, alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und Einblick in alle Aktivitäten und Prozesse sowie lesender Zugriff auf die DV-Systeme des Unternehmens zu gewähren.

Auf Verlangen der Konzernrevision sind ihr Zugang zu allen Räumlichkeiten und die Möglichkeit der Inaugenscheinnahme von Gegenständen und Prozessen zu gewähren.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Für LVM-Kranken wurde eine versicherungsmathematische Funktion eingerichtet, die mit den in §31 VAG genannten Aufgaben betraut ist. Zu den Kernaufgaben der versicherungsmathematischen Funktion gehören Koordinierungs-, Überwachungs- und Beratungsaufgaben. Diese erstrecken sich auf die Themenfelder Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, Beurteilung der Zeichnungs- und Annahmepolitik, Beurteilung der Rückversicherungsvereinbarungen sowie die Mitwirkung beim Risikomanagement. Die von der versicherungsmathematischen Funktion vorgenommenen Analysen, Bewertungen und Empfehlungen erfolgen ausschließlich auf Grundlage der Prinzipien von Solvency II.

Die versicherungsmathematische Funktion wird bei LVM-Kranken durch eine verantwortliche Person wahrgenommen, die bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch ein Gremium unterstützt wird. Mitglieder des Gremiums sind die verantwortliche Person und die weiteren Gremienmitglieder, insbesondere die verantwortlichen Personen für die versicherungsmathematische Funktion des LVM a. G. und von LVM-Leben sowie Mitarbeitende der Abteilungen Risikosteuerung/Projektion und Aktuariat Kranken. Die verantwortlichen Personen für die versicherungsmathematische Funktion von LVM-Leben und LVM-Kranken üben zugleich auch die Funktion des verantwortlichen Aktuars der jeweiligen Tochtergesellschaft aus. Alle wesentlichen Stellungnahmen, Bewertungen und Ergebnisse der versicherungsmathematischen Funktion werden vor der Übermittlung an Auftraggebende/Empfangende im Gremium beraten.

Die verantwortliche Person für die versicherungsmathematische Funktion, die weiteren Gremienmitglieder und Stellvertretende werden jeweils durch den Vorstand bestimmt.

Unbeschadet der gesetzlichen Befugnisse des Vorstands unterliegt die versicherungsmathematische Funktion keinen Weisungen. Die versicherungsmathematische Funktion hat kein Weisungsrecht gegenüber anderen Funktionen und Organisationseinheiten. Sämtliche Abteilungen innerhalb der Unternehmensgruppe, auf deren Zulieferung von Daten und Informationen die versicherungsmathematische Funktion zur Erfüllung ihrer Aufgaben angewiesen ist, kooperieren vollumfänglich mit der versicherungsmathematischen Funktion.

Die verantwortliche Person für die versicherungsmathematische Funktion ist intern und extern in vollem Umfang für die Erfüllung der Aufgaben der versicherungsmathematischen Funktion verantwortlich.

Die versicherungsmathematische Funktion berichtet direkt an den Vorstand.

B.7 Outsourcing

LVM-Kranken hat folgende wichtige Tätigkeiten an den LVM a.G., welcher in Deutschland ansässig ist und deutschem Recht unterliegt, ausgelagert:

- Übernahme der Schlüsselfunktion interne Revision
- Übernahme der Schlüsselfunktion unabhängige Risikocontrollingfunktion
- Übernahme der Schlüsselfunktion versicherungsmathematische Funktion
- Übernahme der Schlüsselfunktion Compliance-Funktion
- Aktuarielle Produktentwicklung, Produktfreigabe, Statistik/statistische Analysen, Bilanzierung (Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen [HGB]) sowie EDV-Koordination
- Durchführung der Antrags-, Vertrags- und Leistungsbearbeitung für Krankenversicherungsverträge sowie die Bereiche Grundsatz und Verkaufsförderung
- Übernahme der typischen Tätigkeiten im Rechnungswesen, insbesondere Rechnungslegung, Steuern, Inkasso-/Exkassowesen, Back-Office (Kapitalanlagenbuchhaltung) sowie zentrales Controlling
- Übernahme der marktüblichen Tätigkeiten im Portfolio Management, insbesondere Kapitalanlage, Kapitalanlagecontrolling und -verwaltung
- Durchführung von Solvenzberechnungen sowie Tätigkeiten im Asset Liability Management
- Akquise und Betreuung der Kunden durch Ausschließlichkeitsvertrieb inklusive fachlicher und organisatorischer Betreuung der Agenturen durch den angestellten Außendienst sowie Verwaltung und organisatorische Steuerung in den Bereichen Organunterstützung und Vertriebsunterstützung (beispielsweise vertragliche Gestaltung und Abwicklung der Provisionszahlungen)

- Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Organisationsentwicklung und Software-Entwicklung, insbesondere Prozessgestaltung und Software-Entwicklung sowie -Einkauf
- Bereitstellung und Weiterentwicklung von Architekturen und Infrastrukturen für die Anwendungsentwicklung und den Systembetrieb
- Bereitstellung und Betrieb von IT-Infrastruktur, Hardware, Druckdienstleistungen sowie Anwenderservice und -schulung
- Übernahme der Funktion des gesetzlich geforderten Datenschutzbeauftragten
- Übernahme der Beschwerdemanagementfunktion
- Übernahme der Vertriebsfunktion (§ 48 Abs. 2a VAG)
- Übernahme der Funktion des Informationssicherheitsbeauftragten
- Übernahme der aufsichtsrechtlich geforderten Tätigkeiten der/des Geldwäschebeauftragten
- Rechtliche Beratung der Gesellschaft, insbesondere des Vorstands und des Aufsichtsrats
- Posteingangs- und Postausgangsverarbeitung, Lastschriftverarbeitung sowie Indizierung
- Kapitalanlage und -management von Immobilieninvestitionen
- Marketing, Markt- und Kundenanalyse sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Outsourcing-Politik von LVM-Kranken sieht vor, dass wichtige Funktionen oder Tätigkeiten in der Regel durch den LVM a.G. durchgeführt werden. Die Kosten, die für die gruppeninternen Dienstleistungen an LVM-Kranken entstehen, werden nach dem Vollkostenprinzip ermittelt und LVM-Kranken kostenträgerbezogen aufgegeben. Die bei der Verrechnung zugrunde gelegten Schlüssel beruhen auf objektiven Größen und sind verursachungsgerecht ermittelt.

Der Vorstand von LVM-Kranken hat auf Basis der aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Leitlinie (IKT-)Dienstleistungen erlassen, in welcher die Anforderungen an (IKT-)Dienstleistungen geregelt sind. In der Leitlinie werden die bei der Durchführung einer Ausgliederung initial sowie dauerhaft durchzuführenden Aufgaben beschrieben. Nach Feststellung einer Ausgliederung wird zuerst eine Person, die die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen koordinativ verantwortet (Ausgliederungsbetreuer), festgelegt. Zudem sind vor jeder Ausgliederung insbesondere die Risiken einer potenziellen Ausgliederung zu analysieren und eine Ausgliederungsfähigkeitsprüfung durchzuführen. Aufgrund der Klassifizierung einer Ausgliederung bestimmen sich teils zusätzliche Anforderungen, die gesondert in der Leitlinie herausgestellt werden.

Überdies werden unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vertraglich zu vereinbarenden Mindestinhalte festgelegt. Neben der Vorstandsgenehmigung sowie die zu berücksichtigenden Vorgaben bei der Realisierung der Dienstleistungvereinbarung (Berücksichtigung im Risikomanagementsystem, IKS und Notfallmanagement) werden die nach Realisierung der Ausgliederung einzurichtenden Überwachungs- und Dokumentationspflichten festgelegt.

B.8 Sonstige Angaben

Überprüfung des Governance-Systems

Die Überprüfung des Governance-Systems wird systematisch anhand von Prüffeldern und weiteren Fragestellungen unter Einbezug aller Schlüsselfunktionen durchgeführt. Dabei werden folgende Prüffelder beleuchtet:

- Schlüsselfunktionen
- IKS/Prozesse
- Datenqualität
- Dokumentation/Leitlinien
- Fit & Proper/Vergütung
- Risikomanagementsystem
- ORSA und Eigenmittel
- Ausgliederung
- Notfallplan/BCM
- Risikokultur
- Gruppenspezifische Governance

Die Überprüfung des Governance-Systems von LVM-Kranken wurde im Jahr 2025 durch den Vorstand durchgeführt. In keinem der Prüffelder wurden wesentliche Missstände identifiziert. Alle Vorstandsmitglieder kamen zu der einstimmigen Bewertung, dass LVM-Kranken über ein angemessenes und wirksames Governance-System verfügt. Das identifizierte Weiterentwicklungspotenzial wird weiter umgesetzt.

C Risikoprofil

Das Risikoprofil gibt einen Überblick, welchen Risiken LVM-Kranken ausgesetzt ist. Zur Bewertung der Risiken wird anhand der Standardformel gemäß Solvency II die Solvenzkapitalanforderung für einzelne Risikokategorien berechnet. Zur Berücksichtigung von Diversifikationseffekten innerhalb und zwischen den Risikokategorien werden diese mittels einer aufsichtsrechtlich vorgegebenen Korrelationsmatrix aggregiert.

Im Folgenden sind die Risikokapitalanforderungen nach Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung durch Überschussbeteiligung (Nettowerte) angegeben. Der entsprechende Wert vor Berücksichtigung der risikomindernden Wirkung durch Überschussbeteiligung (Bruttowert) ist nur an einigen Stellen informativ mit angegeben und entsprechend als „brutto“ gekennzeichnet.

Für LVM-Kranken ergibt sich eine Solvenzkapitalanforderung (SCR) in Höhe von 42.401 Tsd. € (Vj. 37.544 Tsd. €). Die Mindestkapitalanforderung (MCR) beträgt 19.081 Tsd. € (Vj. 16.895 Tsd. €).

Für die in der Standardformel bewerteten Risiken hat LVM-Kranken unternehmensindividuelle Wesentlichkeitsgrenzen definiert. Diese wurden aus den jeweils zur Bedeckung der Risiken zur Verfügung stehenden Eigenmitteln abgeleitet.

Alle Risiken, die nicht gemäß der Standardformel quantitativ bewertet werden können, werden qualitativ beurteilt.

Zur Bedeckung der Kapitalanforderungen stehen Eigenmittel in Höhe von 212.729 Tsd. € (Vj. 214.317 Tsd. €) zur Verfügung, sodass daraus eine Solvenzquote von 502% (Vj. 571%) und eine MCR-Bedeckungsquote von 1.115% (Vj. 1.269%) resultiert.

Die Risiken und ihr Einfluss auf die Ergebnisse und die Eigenmittel werden von LVM-Kranken mit einer langfristig ausgerichteten Anlagepolitik, der konsequenten Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben und dem Einsatz moderner Risikomanagementsysteme begrenzt. Zentrales Element der Kapitalanlagesteuerung ist das Asset Liability Management (ALM), das LVM-Kranken seit vielen Jahren erfolgreich einsetzt. Im Rahmen der ALM-Analysen werden finanzielle Verpflichtungen umfassend modelliert und quantifiziert. Mithilfe von Szenariorechnungen wird geprüft, inwieweit LVM-Kranken von größeren Schwankungen an den Kapitalmärkten und einem möglichen deutlichen Zinsrückgang betroffen wäre.

Nachfolgend werden die einzelnen Risikokategorien für LVM-Kranken näher beschrieben.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Risikoexponierung

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, das bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht.

In der Krankenversicherung besteht das Risiko, aus den im Voraus festgesetzten Prämien in der Zukunft Leistungen erstatten zu müssen, deren Umfang aufgrund der Zufallsabhängigkeit künftiger Versicherungsfälle bei der Prämienfestsetzung nicht sicher bekannt ist (Zufalls- und Änderungsrisiko).

LVM-Kranken beobachtet sorgfältig neue Erkenntnisse über die verwendeten Rechnungsgrundlagen – sei es aus Analysen der eigenen Bestände oder aus Veröffentlichungen von Verbänden, der Aufsichtsbehörde oder der Wissenschaft – und berücksichtigt diese jeweils bei der nächsten Beitragsanpassung. Diese Geschäftspolitik wird retrospektiv durch die guten versicherungstechnischen Ergebnisse bestätigt und schafft ein hohes Sicherheitspotenzial.

Die Bewertung der versicherungstechnischen Risiken wird bei LVM-Kranken quartalsweise oder bei signifikanten Änderungen des Risikoprofils durchgeführt. Die verwendete Methodik orientiert sich eng an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben des VAG.

Zur Ermittlung des versicherungstechnischen Risikos wird der Versichertenbestand in die beiden Gruppen „Tarife nach Art der Lebensversicherung (n. A. d. LV)“ und „Tarife nach Art der Schadenversicherung (n. A. d. SV)“ unterteilt. Die Aufteilung erfolgt dabei nicht nach der gleichen Zuordnung wie bei der Versicherungsberichterstattungs-Verordnung (BerVersV), sondern unter Berücksichtigung des Risikoprofils der Verträge. Alle Verträge, in denen es keine Beitragsanpassungsklausel gibt und die der Versicherer kündigen kann, werden der Krankenversicherung n. A. d. SV zugeordnet, alle anderen Verträge gehören zu den Tarifen n. A. d. LV. Zu den Tarifen n. A. d. SV gehören bei LVM-Kranken nur die Auslandsreise-Versicherungen. Alle anderen Tarife werden der Krankenversicherung n. A. d. LV zuzuordnet.

Das versicherungstechnische Risiko Kranken setzt sich aus den folgenden drei Risikosubmodulen zusammen:

- vt. Risiko für Verträge nach Art der Schadenversicherung
- vt. Risiko für Verträge nach Art der Lebensversicherung
- Katastrophenrisiko

Zu den versicherungstechnischen Risiken für Verträge n. A. d. LV zählen u. a. die biometrischen Risiken, das Krankheitskostenrisiko, das Stornorisiko und das Kostenrisiko. Zu den versicherungstechnischen Risiken für Verträge n. A. d. SV gehören das Prämien-, das Reserve- und das Stornorisiko. Zu den Katastrophenrisiken zählen das Massenunfall-, das Unfallkonzentrations- und das Pandemierisiko.

Im Rahmen von Solvency II wird das versicherungstechnische Risiko Kranken gemäß der Standardformel mit 14.178 Tsd. € (Vj. 16.055 Tsd. €) berechnet. Dominiert wird das

versicherungstechnische Risiko Kranken durch das versicherungstechnische Risiko nach Art der Lebensversicherung mit 12.845 Tsd. € (Vj. 14.837 Tsd. €). Das versicherungstechnische Risiko nach Art der Schadenversicherung hat mit 2.196 Tsd. € (Vj. 2.032 Tsd. €) einen deutlich kleineren Anteil, ebenso wie das Katastrophenrisiko mit 379 Tsd. € (Vj. 382 Tsd. €). Die Diversifikation zwischen diesen drei Risikosubmodulen beträgt -1.242 Tsd. € (Vj. -1.195 Tsd. €).

LVM-Kranken setzt im Versicherungsgeschäft keine Zweckgesellschaften (SPV) ein, so dass auch keine Risikoübertragung auf Zweckgesellschaften erfolgt. Zudem liegen keine außerbilanziellen versicherungstechnischen Risiken vor.

Im Berichtszeitraum wurden keine ergebnisrelevanten Änderungen der Maßnahmen, die zur Bewertung der versicherungstechnischen Risiken getroffen werden, vorgenommen.

Um das versicherungstechnische Risiko angemessen zu überwachen, wurden Risikoidikatoren definiert, für die entsprechende Plan- und Schwellenwerte durch die Geschäftsleitung festgelegt wurden. Mit der unterjährigen Überwachung dieser Indikatoren ist es möglich, eine negative Zielabweichung innerhalb der Versicherungstechnik frühzeitig festzustellen und die entsprechenden Eskalationsprozesse anzustoßen. Diese Eskalationsprozesse wurden - soweit möglich und sinnvoll - bereits im Vorfeld definiert und sind Bestandteil einer angemessenen Risikosteuerung innerhalb des versicherungstechnischen Risikos.

Zudem begegnet LVM-Kranken dem Risiko mit einer sehr genauen und gewissenhaften Antragsprüfung.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen spielen bei LVM-Kranken keine wesentliche Rolle. Das Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko eines bedeutenden Schaden- oder Ausfallpotenzials für ein Unternehmen durch Eingehung einzelner oder stark korrelierter Risiken. Grundsätzlich können Konzentrationsrisiken innerhalb der gleichen Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg auftreten. Eine Verwirklichung dieses Risikos kann beispielsweise durch ein speziell auf eine Branche oder Region ausgerichtetes Versicherungsgeschäft entstehen. Diesem Risiko wird dadurch begegnet, dass auf eine ausreichende Diversifizierung der einzelnen Risiken ein besonderes Augenmerk gerichtet wird. Im Versicherungsgeschäft begrenzen Zeichnungs- und Annahmerichtlinien das Konzentrationsrisiko.

Risikominderungstechniken

LVM-Kranken setzt keine nennenswerten Risikominderungstechniken ein, um das versicherungstechnische Risiko auf eine andere Gegenpartei zu übertragen, da aktuell keine für LVM-Kranken ökonomisch sinnvollen Lösungen existieren.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Zur Einschätzung der Risikosensitivität von LVM-Kranken wurden ein Zinsstress und vor dem Hintergrund der Herausforderungen des Klimawandels zwei Szenarien zu Klimaänderungsrisiken betrachtet. Details zu den Stressen und Szenarien und die Auswirkung auf das versicherungstechnische Risiko werden übergreifend im Kapitel C.2 Marktrisiko beleuchtet.

C.2 Marktrisiko

Risikoexponierung

Die Anlage von Geldern an den internationalen Kapitalmärkten ist sowohl mit Chancen als auch mit Risiken verbunden. Ein grundlegendes Risiko besteht darin, dass sich der Wert von Kapitalanlagen je nach Marktentwicklung verändern kann. Für eine auch auf lange Sicht erfolgreiche Kapitalanlage ist es daher unabdingbar, potenzielle Risiken möglichst frühzeitig zu erkennen und darauf angemessen zu reagieren.

LVM-Kranken verfolgt unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen eine Anlagepolitik, die die Sicherheit, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sicherstellt. Da nicht jede einzelne Anlage bzw. Anlageform die Anlageziele gleichzeitig auf einem hohen Niveau erreicht, sind die daraus resultierenden Zielkonflikte durch eine Mischung und Streuung der unterschiedlichen Anlagen bzw. Anlageformen über das gesamte Portfolio hinweg aufzulösen. Dabei kommt dem Grundsatz der Sicherheit besondere Bedeutung zu. Die Risiken der Kapitalanlage, wie beispielsweise Marktrisiken, Kreditrisiken oder Liquiditätsrisiken, werden in einem vertretbaren Rahmen gehalten.

Verschiedene Anlageklassen (z. B. festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Immobilien) bergen unterschiedliche Renditeerwartungen und Risiken. Ihre Wertentwicklung ist in unterschiedlichen Marktsituationen regelmäßig nicht gleichläufig. Dadurch treten Kompensationseffekte ein, die das Kapitalanlageergebnis über verschiedene Zeiträume hinweg verstetigen. Vor diesem Hintergrund ist es ökonomisch sinnvoll, das Gesamtportfolio auf unterschiedliche Anlageklassen aufzuteilen.

Im Rahmen eines strukturierten Kapitalanlageprozesses werden zunächst Mindest-Renditeanforderungen sowie Kapitalanlageziele definiert, die sich nach den betriebenen Versicherungsgeschäften und den damit verbundenen Risiken richten. Auf dieser Grundlage und unter Einbeziehung von Kapitalmarkteinschätzungen und statistischen Datenreihen werden nach einem modellbasierten Ansatz Ziel-Portfolios festgelegt. Unter Berücksichtigung dieser Zielportfolios sowie taktischer Bandbreiten wird das Vermögen auf die verschiedenen Anlagesegmente aufgeteilt (strategische Asset Allokation). Den Ziel-Portfolios werden die erforderlichen Risikobudgets (Value at Risk-Ansatz) zugeteilt.

Die Umsetzung der Kapitalanlagestrategie erfolgt durch Auswahl und Vornahme von Einzelinvestments auf Basis klarer und präziser Investmentmandate für interne Entscheidungsträger bzw. externe Fondsmanager unter Beachtung insbesondere des Grundsatzes der Risikostreuung, der aktuellen Risikosituation und der unterjährigen Liquiditätsentwicklung. Ein Abgleich zwischen den Ist-Portfolios und den beschlossenen Ziel-Portfolios der Gesellschaften wird regelmäßig vorgenommen.

Vor Durchführung einer geplanten Transaktion (An- und Verkäufe von Kapitalanlagen) werden die damit verbundenen Chancen und Risiken analysiert. Umfang und Tiefe der Prüfung richten sich nach dem Risikoprofil des jeweiligen Investments. Vermögenswerte und Instrumente dürfen nur erworben werden, wenn die mit ihnen verbundenen Risiken hinreichend identifiziert, bewertet, überwacht, gesteuert, kontrolliert und in die Berichterstattung einbezogen werden können. Es wird sichergestellt, dass jederzeit auf sich wandelnde wirtschaftliche und rechtliche Bedingungen, insbesondere Veränderungen auf den Finanz- und Immobilienmärkten, angemessen reagiert werden kann.

Ein zentrales Element des Risikomanagementsystems der LVM Versicherung ist die Definition von Risikoindikatoren und die Festlegung von Schwellenwerten im Rahmen eines operativen Limitsystems (Frühwarnsystem). Die Risikosteuerung und -überwachung für die quantifizierbaren Risiken von LVM-Kranken wird durch die Festlegung von Schwellenwerten operationalisiert und durch geeignete Eskalationsmaßnahmen ergänzt.

Das Marktrisiko liegt in der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkurse und Devisenkurse) und den zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten und ihren Volatilitätsniveaus begründet.

Das Marktrisiko setzt sich aus den folgenden sechs Risikosubmodulen zusammen:

- Zinsänderungsrisiko
- Aktienrisiko
- Immobilienrisiko
- Spreadrisiko
- Konzentrationsrisiko
- Währungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko bezeichnet das Risiko von Wertänderungen der Eigenmittel in der Folge einer Veränderung des Zinsniveaus. Alle Vermögenswerte und Schulden, die auf eine Änderung der Zinskurve reagieren, sind vom Zinsänderungsrisiko betroffen. Dazu gehören vor allem die festverzinslichen Anlagen (z. B. Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Hypotheken) und die versicherungstechnischen Rückstellungen. Im Fall einer steigenden Zinskurve verlieren die festverzinslichen Anlagen an Marktwert. Bei fallenden Zinsen gewinnen die Positionen an Marktwert. Die Auswirkungen einer Zinsänderung hängen von der Bilanzstruktur des Versicherungsunternehmens ab. Eine Kapitalanforderung entsteht bei einem Zinsanstieg, wenn die Reduktion der Aktivseite größer ist als ein möglicher Rückgang der versicherungstechnischen Rückstellungen. Bei einem Zinsrückgang entsteht eine Kapitalanforderung, wenn der mögliche Anstieg bei den versicherungstechnischen Rückstellungen größer ist als der Zuwachs der Bewertungsreserven auf der Aktivseite.

Das Aktienrisiko drückt das Risiko von Wertänderungen von Aktien und anderen Eigenkapitalinstrumenten aus. Bei Aktienanlagen besteht die Chance auf höhere Renditen, gleichzeitig ist das Risiko für Wertverluste größer als z. B. am Zinsmarkt. Für die Bewertung des Aktienrisikos wird zwischen Aktien unterschieden, die an geregelten Märkten notiert sind, sowie nicht börsennotierten Aktien und anderen nicht unter das Zinsänderungs-, Immobilien- oder Spreadrisiko fallende Anlagen. Der Aktienanteil an den gesamten Kapitalanlagen ist durch Limite begrenzt. Durch die Verteilung der Aktienanlagen auf verschiedene Branchen und Regionen wird zudem eine hohe Diversifikation erreicht. Der Großteil der Aktienanlagen wird in Fondsmandaten gehalten.

Das Immobilienrisiko gibt das Risiko der Marktwertveränderung von direkt und indirekt gehaltenen Immobilien bei Änderungen des Marktes an. Das Immobilienportfolio als Teil der Gesamtkapitalanlage ist breit diversifiziert. Der Fokus liegt auf Objekten an etablierten Standorten innerhalb Deutschlands sowie auf verschiedenen Nutzungsarten. Als

Folge gestiegener Zinsen haben sich erhöhte Finanzierungsrisiken sowie sinkende Immobilienpreise ergeben. Bei gleichzeitiger Inflation der Baukosten sind die Risiken für Projektentwicklungen gestiegen.

Das Spreadrisiko ist das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Wertpapieremittenten, Gegenparteien oder anderen Schuldnern, gegenüber denen Forderungen bestehen. Es schlägt sich in einer Erhöhung der bonitätsabhängigen Risikoaufschläge (Credit Spreads) am Kapitalmarkt und einem damit verbundenen Kursrückgang bei den Vermögenswerten nieder. Gemäß der Standardformel ist das Spreadrisiko ein Teil des Marktrisikomoduls. Auf Kreditrisiken, zu denen das Spreadrisiko ebenso zählt, wird in Kapitel C.3 eingegangen.

Das Konzentrationsrisiko wird in der Delegierten Verordnung unter dem Begriff Marktrisikokonzentrationen geführt. Als Element des Marktrisikos hat das Konzentrationsrisiko eine geringere Bedeutung hinsichtlich der Solvenzkapitalanforderung als beispielsweise das Aktien- oder Zinsrisiko. Das Konzentrationsrisiko erwächst aus einer höheren Volatilität sowie einem gestiegenen Risiko bei Ausfall eines Emittenten in einem Kapitalanlageportfolio mit geringer Streuung. Detailliertere Informationen zum Konzentrationsrisiko bei Rentenanlagen können dem Kapitel C.3 entnommen werden.

Sofern Kapitalanlagen in anderer Währung als dem Euro gehalten werden, kann das Währungsrisiko den Wert der Eigenmittel verändern. Die Fremdwährung kann im Vergleich zum Euro auf- oder abwerten. Die Währungsrisiken werden laufend überwacht und sind in die monatliche Risikoberichterstattung integriert. Gleichzeitig werden eingegangene Fremdwährungsrisiken durch den Einsatz von Absicherungsmechanismen reduziert.

Im Rahmen von Solvency II wird das Marktrisiko für LVM-Kranken gemäß der Standardformel 31.304 Tsd. € (Vj. 28.700 Tsd. €) berechnet. Dominiert wird das Marktrisiko bei LVM-Kranken hauptsächlich durch das Aktienrisiko (284.952 Tsd. € brutto, 30.389 Tsd. € netto). Da dieses Teilrisiko zum 31.03.2025 die definierte Wesentlichkeitsschwelle überschritten hat, wird es als wesentlich eingestuft. Das Risiko der Kapitalanlagen wird im Rahmen eines übergeordneten Ampelsystems überwacht und ggf. reduziert. Zur Messung und Steuerung des Marktpreisrisikos von Rentenanlagen wird auf ein Durationsmanagement zurückgegriffen.

LVM-Kranken setzt keine Zweckgesellschaften (SPV) ein, sodass auch keine Risikoübertragung auf Zweckgesellschaften erfolgt.

Im Berichtszeitraum wurden keine Änderungen zur Bewertung der Marktrisiken vorgenommen.

Risikokonzentration

Zur Begrenzung des Konzentrationsrisikos erfolgt eine Diversifizierung der Kapitalanlagen auf Basis definierter Schwellenwerte für Anlageklassen, Länder sowie – getrennt nach Aktien- und Rentenbestand – Emittenten. Die Einhaltung der Schwellenwerte wird laufend überwacht.

Im Rahmen der Überwachung des Währungsrisikos wird die gesamte Kapitalanlage, verteilt auf die einzelnen Währungen, laufend kontrolliert. Der Anteil der Anlagen in anderen Währungen als dem Euro ist limitiert.

Risikominderungstechniken

Zur Steuerung und Begrenzung von Markt- und Kreditrisiken innerhalb der Master-KVG-Struktur bestehen beim LVM a. G., bei LVM-Leben und bei LVM-Kranken spezielle Risiko-Overlays. Das Ziel dieser Risiko-Overlays besteht darin, auf Ebene der Masterfonds gesetzte Wertuntergrenzen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu unterschreiten. Durch die Risiko-Overlays wird das Ergebnis aus Kapitalanlagen im Fall von Verlusten auf den Kapitalmärkten stabilisiert. Die Einbeziehung von Aktienkurs-, Zins-, Kredit- und Fremdwährungsrisiken in diese Risikominderungstechnik ermöglicht die Nutzung sämtlicher Korrelationseffekte innerhalb der Masterfonds. Die Wirksamkeit der Maßnahme wird durch Risikobudgets (maximale Verlustschwellen), die den externen Overlay-Managern zur Verfügung gestellt werden, gewährleistet.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Stresstests bzw. Szenarioanalysen wurden im Rahmen der ORSA-Projektionsrechnungen durchgeführt. Hierbei werden im Vergleich zur Unternehmensplanung ein Zinsstress und vor dem Hintergrund der Herausforderungen des Klimawandels Szenarien zu Klimaänderungsrisiken simuliert. Die Unternehmensplanung berücksichtigt dabei bereits die wesentlichen Änderungen aus dem Solvency II-Review. Diese werden ab dem 30.1.2027 verpflichtend anzuwenden sein und werden daher in der Mehrjahresprojektion ab dem Jahr 2027 berücksichtigt. Für den Zinsstress werden die Auswirkungen auf die Solvenzquoten für die nächsten fünf Geschäftsjahre quantifiziert. Die Auswirkungen auf die wesentlichen Risiken und die Solvenzquoten werden im Vergleich zu den entsprechenden Werten aus der Unternehmensplanung analysiert. Hinsichtlich der Szenarien zu Klimaänderungsrisiken wird unterstellt, dass das jeweilige Szenario im Jahr 2026 vollständig vom Kapitalmarkt eingepreist wird. Anschließend werden die daraus resultierenden Marktwertveränderungen in der Kapitalanlage betrachtet. Die Auswirkungen auf die wesentlichen Risiken und die Solvenzquoten ergeben sich somit im Vergleich zur Unternehmensplanung für das Jahr 2026. Die Berechnungen werden gemäß der Standardformel durchgeführt.

Zinsstress

Beim Zinsstress werden die Auswirkungen eines Rückgangs des Zinsniveaus simuliert. Bis zum 31.12.2026 geht die Zinskurve in eine gestresste Zinsstrukturkurve über. Die gestresste Kurve ergibt sich aus der historisch niedrigsten Zinskurve vom 31.8.2019, die in der Laufzeit 0 Jahre um 20 Basispunkte, in der Laufzeit 20 Jahre um 100 Basispunkte verschoben und dazwischen interpoliert wird. In den Folgejahren verbleibt die Zinskurve auf dem niedrigen Niveau. Die Spreads entwickeln sich analog zur Unternehmensplanung.

Im Zinsstress steigt das Marktrisiko im Jahr 2026 (50.227 Tsd. €) stärker an als in der Unternehmensplanung (21.414 Tsd. €). Aufgrund einer positiven Reservesituation sinkt das Marktrisiko im Zinsstress bis zum Jahr 2028, steigt in den Jahren 2029 und 2030 allerdings wieder aufgrund des langanhaltend niedrigen Zinsniveaus stark an. Dabei ist das Aktienrisiko im Jahr 2030 das größte Teilrisiko. Im Bereich des versicherungstechnischen Risikos nimmt das Sterblichkeitsrisiko als größter Risikotreiber (22.804 Tsd. €) bis zum

Projektionsende stärker zu als bei der Unternehmensplanung (8.435 Tsd. €). Das operationelle Risiko bleibt gegenüber der Unternehmensplanung mit 28.926 Tsd. € nahezu unverändert (28.310 Tsd. €). Die Solvenzquoten liegen während des gesamten Projektionszeitraums unter den Solvenzquoten der Unternehmensplanung. Im Jahr 2030 sinkt die Solvenzquote wegen der schlechten Reservesituation und dem dadurch ansteigenden Marktrisiko auf 268 %.

Klimaänderungsrisiken: „Delayed Transition“

Die Basis für die Betrachtungen bildete das vom Network for Greening the Financial System (NGFS), einem Zusammenschluss von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, entwickelte Szenario „Delayed Transition“. Im NGFS-Szenario „Delayed Transition“ können die Auswirkungen des Klimawandels auf einen Temperaturanstieg von unter 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit beschränkt werden. Allerdings erfolgt das politische Umsteuern zeitverzögert und abrupt, was deutliche Verwerfungen an den Kapitalmärkten im Zeitraum 2030 bis 2040 bedingt. Diese führen zu einem Anstieg der Leitzinsen. Zudem sind für Sachwerte abhängig von der Assetklasse moderate Marktwertrückgänge zu verzeichnen. Das Szenario wird sowohl in der Perspektive bis 2035 als auch in der Perspektive bis 2050 betrachtet. Methodisch wird angenommen, dass die Auswirkungen im Jahr 2026 vollständig vom Kapitalmarkt eingepreist werden.

In diesem Szenario werden keine Auswirkungen auf die Versicherungstechnik betrachtet, da im Rahmen der Nachhaltigkeits-Risikoinventur keine potenziell materiellen Risiken hierzu identifiziert wurden. Daher werden für die Versicherungstechnik unveränderte Annahmen zugrunde gelegt.

Aufgrund des höheren Zinsniveaus im zeitlichen Verlauf und der Anpassung bei den Marktwerten reduzieren sich in beiden Perspektiven die Teilrisiken für die Berechnung zum 31.12.2026. In der Perspektive bis 2035 liegt das Aktienrisiko bei 19.902 Tsd. € (Unternehmensplanung 31.12.2026: 21.204 Tsd. €) und das versicherungstechnische Risiko Kranken bei 15.346 Tsd. € (Unternehmensplanung 31.12.2026: 16.056 Tsd. €). In der Perspektive bis 2050 liegt das Aktienrisiko bei 16.897 Tsd. € und das versicherungstechnische Risiko Kranken bei 15.283 Tsd. €. Das operationelle Risiko bleibt in beiden Perspektiven unverändert gegenüber der Stichtagsberechnung bei 23.551 Tsd. €.

Die beschriebenen Veränderungen im Klimaänderungsszenario führen zu höheren stillen Lasten am Stichtag 31.12.2026. Im Gegenzug dazu sinken die versicherungstechnischen Rückstellungen aufgrund des höheren Zinsniveaus im zeitlichen Verlauf. Da insgesamt die Kapitalanlagen stärker sinken als die versicherungstechnischen Rückstellungen, gehen die Eigenmittel bei der Perspektive bis 2035 um 4.652 Tsd. € und bei der Perspektive bis 2050 deutlich um 16.595 Tsd. € zurück. Die Solvenzquoten bleiben in beiden Perspektiven auf einem ähnlichen Niveau (bis 2035: 518 %, bis 2050: 625 %, Stichtagsberechnung: 622 %).

C.3 Kreditrisiko

Risikoexponierung

Das Kreditrisiko (Bonitäts- oder Adressenausfallrisiko) ist das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von

Geschäftspartnern. Das Adressenausfallrisiko umfasst vor allem die Risikoarten Emittentenrisiko, Kontrahentenrisiko und Länderrisiko.

Die Verteilung der Rentendirektanlagen auf die einzelnen Risikoklassen ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Ratingklassen der Rentendirektanlagen in %			
	AAA	AA	A
31.12.2025	78,3	17,8	3,9

Unter Einbeziehung der indirekt über Spezialfonds gehaltenen Anlagen weist der Rentenbestand von LVM-Kranken eine sehr hohe Sicherheit mit einem Durchschnittsrating von AA+ auf.

Risikokonzentration

Die fünf größten Einzelschuldner haben zusammengerechnet bei LVM-Kranken einen Anteil von 18,7% an den gesamten Kapitalanlagen. Bei den Emittenten handelt es sich um zwei deutsche Bundesländer, zwei Staaten der Eurozone und ein Kreditinstitut mit jeweils sehr guter Bonität.

Über 90% der Rentenanlagen bei LVM-Kranken verteilen sich auf Deutschland, weitere europäische Staaten sowie supranationale Emittenten wie z. B. die Europäische Investitionsbank.

Durch die breite Streuung des Portfolios wird das Ausfallrisiko begrenzt. Die Schwerpunkte der Rentenanlagen liegen in den Emittentenarten Staaten, Bundesländer/Regionen, supranationale und nationale Förderbanken, Landesbanken sowie Hypothekenbanken. Der weitaus größte Teil der Anlagen bei Banken im Bestand von LVM-Kranken ist aufgrund spezialgesetzlicher Vorschriften gesichert (z. B. Pfandbriefe).

Gemäß der Standardformel ist das Spreadrisiko ein Teil des Marktrisiko moduls. Die Solvenzkapitalanforderungen werden daher im Kapitel C.2 Marktrisiko ausgewiesen.

Risikominderungsmaßnahmen

Das Kreditrisiko wird bei LVM-Kranken unter Verwendung von externen Ratings anerkannter Ratingagenturen und eigenen Kreditrisikobewertungen kontrolliert und begrenzt. Erfolgsgefährdende Risiken werden limitiert, ebenso darf das Durchschnittsrating einen gesetzten Schwellenwert nicht unterschreiten.

Diese Bewertung, Überwachung und Begrenzung des Kreditrisikos trägt dazu bei, dass die Vermögenswerte im Einklang mit dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht angelegt werden.

Zur Vermeidung von Konzentrationsrisiken werden in der Kapitalanlagerichtlinie Emittentenlimite für den Rentenbestand festgelegt, die laufend überwacht werden. Maximal dürfen bei einem Emittenten mit bester Risikoeinschätzung von AAA 10,0% der Kapitalanlagen angelegt werden. Dieses Limit reduziert sich stufenweise bis auf 5,0% der Kapitalanlagen bei Emittenten mit einer Risikoeinstufung von BBB. Darüber hinaus werden

zu hohe Konzentrationen der Rentenanlagen in einzelnen Ländern ebenfalls durch Vorgabe und Überwachung von Limiten vermieden.

Risikokonzentrationen im Bereich der Tages- und Termingelder werden durch die Festlegung und laufende Überwachung interner Kontrahentenlimite reduziert.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Die durchgeführten Stresstests bzw. Szenarioanalysen werden im Kapitel C.2 Marktrisiko beschrieben.

C.4 Liquiditätsrisiko

Risikoexponierung

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen seinen finanziellen Verpflichtungen nicht mehr fristgerecht bzw. in voller Höhe nachkommen kann.

Eine fortlaufende tägliche Liquiditätsplanung gewährleistet für die Gesellschaften der LVM-Gruppe, dass Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit erfüllt werden können. Per 31.12.2025 wurden mehr als 50% der Kapitalanlagen in hochliquiden Anlagen wie börsennotierten Papieren, Wertpapierfonds und Einlagen bei Kreditinstituten gehalten.

Neben der täglichen Liquiditätsplanung werden weitere Liquiditätskennzahlen berechnet wie z. B. Liquiditätsbedeckungsquoten über mehrere Zeiträume. Die Liquiditätsbedeckungsquote ist eine stichtagsbezogene Betrachtung der erwarteten Einzahlungen zuzüglich der realisierbaren Zahlungsmittel im Verhältnis zu den erwarteten Auszahlungen.

Die Liquiditätserfordernisse von LVM-Kranken können durch das vorzeitige Stornieren von Versicherungsverträgen wesentlich beeinflusst werden.

Bei der Kalkulation der Prämien werden die erwarteten Leistungen und Kosten sowie ein Gewinn für das Unternehmen einkalkuliert. Dieser Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns für die bestehenden Versicherungsverträge bis zu deren Vertragsende (berechnet gem. Art. 260 Abs. 2 Delegierte Verordnung (EU) 2015/35) beträgt zum Stichtag 89.254 Tsd. €.

Risikokonzentration

Die Ergebnisse der Berechnungen der Liquiditätskennzahlen zeigen, dass deutliche Überdeckungen der erforderlichen Liquiditätsbeträge bestehen. Die Liquiditätsbedeckungsquoten werden als Faktor der Bedeckung und nicht in Prozent angegeben. Eine Quote von z. B. 2,0 entspricht somit dem 2-fachen Wert der Liquiditätserfordernis. Die Liquiditätsbedeckungsquote auf Sicht von 12 Monaten liegt per 31.12.2025 bei LVM-Kranken bei 9,03.

Durch die laufenden geplanten Einzahlungen über das Gesamtjahr ist eine Deckung der geplanten Auszahlungen gewährleistet. Die Anlage in Tages- und Termingelder dient der Liquiditätsreserve sowie der Steuerung temporärer Liquiditätsüberschüsse, die für künftige geplante Auszahlungen benötigt werden.

Risikokonzentrationen im Bereich der Tages- und Termingelder werden durch die Festlegung und laufende Überwachung interner Kontrahentenlimite reduziert.

Risikominderungsmaßnahmen

Bei LVM-Kranken wird dem Liquiditätsrisiko durch eine revolvingende Finanzplanung sowie durch eine laufende Überwachung und Steuerung der zu erwartenden Ein- und Auszahlungen Rechnung getragen. Im Rahmen von Abweichungsanalysen werden die Gründe eventueller Abweichungen untersucht. Die Steuerung der Veräußerbarkeit des Kapitalanlagenbestands wird durch die Einteilung in Klassen unterschiedlicher Liquidierbarkeit vorgenommen. Die Mindestanforderung an den durchschnittlichen Liquiditätsgrad der Kapitalanlagen ist in Form eines internen Limits vorgegeben.

Anhand der dargestellten Maßnahmen wird das Liquiditätsrisiko unter Berücksichtigung des Grundsatzes der unternehmerischen Vorsicht begrenzt.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Die Liquiditätsbedeckungsquoten werden zusätzlich Stressszenarien unterzogen. Dabei werden nachteilige Ereignisse wie z. B. höhere Stornoquoten oder die erschwerte Liquidierbarkeit (Fungibilität) von Kapitalanlagen aufgrund geänderter Marktbedingungen berücksichtigt. Die den Stressszenarien zugrundegelegten Annahmen werden jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Ergebnisse der Berechnungen zeigen, dass auch unter der Berücksichtigung nachteiliger Entwicklungen in Form einer höheren Schaden- bzw. Stornoquote sowie einer simultan eingeschränkten Liquidierbarkeit der Kapitalanlagen die erforderlichen Liquiditätsbeträge deutlich übergedeckt sind. Auch die langfristigen Liquiditätsbedeckungsquoten, die auf Basis von Projektionsrechnungen für den Zeitraum der Unternehmensplanung von fünf Jahren ermittelt werden, weisen unter Einbeziehung von Stressszenarien konstante Überdeckungen aus.

C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeitenden- und systembedingten sowie externen Vorfällen. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsänderungs- und Compliance-Risiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Für einen wirksamen und effizienten Umgang mit dem operationellen Risiko haben alle Abteilungen und Bereiche vorab definierte Standardmaßnahmen getroffen. Zu diesen gehört insbesondere die Einrichtung eines IKS, in welchem risikoadäquate Kontrollen innerhalb aller wesentlichen Geschäftsprozesse durchgeführt werden. Das dokumentierte IKS umfasst insbesondere die Überwachung aller für operationelle Risiken anfälligen wesentlichen Geschäftsprozesse. Darüber hinaus hat die LVM Versicherung für Krisenfälle eine Notfallplanung erarbeitet, mit der die Kontinuität der wichtigsten Geschäftsprozesse auch in Krisenzeiten aufrechterhalten werden soll. Die LVM Versicherung nimmt weiterhin an der Kommunikation mit dem LKRZV teil. Diese Institution hat das Ziel, sicherheitsrelevante Erkenntnisse direkt an alle Mitglieder des GDV und das BSI weiterzugeben. Ergänzend sind alle Abteilungen dazu angehalten, mindestens alle für die

Geschäftsprozesse wichtigen Funktionen zu identifizieren und für diese eine Stellvertreterregelung zu schaffen.

Alle Abteilungen und Bereiche überprüfen die Wirksamkeit und Angemessenheit der Standardmaßnahmen laufend und dokumentieren gegebenenfalls notwendige Änderungen. Im Rahmen der regelmäßigen Jahres-Risikoinventur sowie IKS-Inventur werden die Vollständigkeit und die Aktualität der jeweiligen Dokumentationen durch die uRCF abgefragt.

In der Standardformel wird der Wert des operationellen Risikos in Höhe von 20.305 Tsd. € (Vj. 18.931 Tsd. €) durch einen pauschalen Ansatz ermittelt. Im Rahmen des Wesentlichkeitskonzepts für quantifizierbare Risiken ist das operationelle Risiko für LVM-Kranken somit als wesentlich anzusehen. Eine interne Analyse hat ergeben, dass die in der Risikoinventur ermittelten Einzelrisiken der Kategorie operationelles Risiko durch diesen pauschalen Ansatz als ausreichend bedeckt angesehen werden.

Darüber hinaus werden konzernweit für bestimmte operationelle Einzelrisiken Szenarioanalysen durchgeführt. Dabei werden u. a. die folgenden operationellen Einzelrisiken einheitlich bewertet:

- Ausfall von Technik/IT
- Ausfall von Mitarbeitenden
- Ausfall von Gebäude/Gebäudeteilen und deren Infrastruktur
- Nichtverfügbarkeit der Daten durch einen Cyberangriff

Daneben werden Rechtsänderungsrisiken und Compliance-Risiken überwacht. Unter Compliance wird die Einhaltung der relevanten externen (und ggf. unternehmensinternen) Regelungen verstanden. Compliance-Risiken bezeichnen somit das Risiko, welches sich aus der Nichteinhaltung dieser Anforderungen ergibt. Bei der LVM Versicherung werden die Compliance-Risiken systematisch identifiziert und erfasst. Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Risiko- und Compliance-Inventuren dokumentieren alle Abteilungen die wesentlichen Compliance-Risiken. Die identifizierten Compliance-Risiken sind in den bestehenden Risikomanagementprozess integriert und werden in den jeweiligen Ressort- und bei Bedarf in Konzern-Risikokomitee-Sitzungen behandelt.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ergibt sich aus allen geschäftspolitischen Entscheidungen. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Grundlage für die Risikobetrachtung ist ein mehrjähriger Beurteilungszeitraum, der den strategischen Planungszeitraum des Unternehmens abbildet. Um das strategische Risiko zu begrenzen, wird das Wirtschaftsumfeld laufend beobachtet. Sollten wesentliche Änderungen festgestellt werden, die eine Anpassung der Geschäftsentscheidungen notwendig machen, wird darauf in angemessener Weise reagiert. Das strategische Risiko wird in der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs nicht berücksichtigt. Der Fokus hierbei liegt auf den Risikosteuerungsmaßnahmen.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ergibt sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufs des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Behörden). Aufgrund der Ein-Marken-Strategie der LVM-Versicherungsgesellschaften wird das Reputationsrisiko auf Gruppenebene überwacht und gesteuert. Das Reputationsrisiko wird in der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs nicht berücksichtigt. Der Fokus hierbei liegt auf den Risikosteuerungsmaßnahmen.

Risikoexponierungen aufgrund von Zweckgesellschaften und außerbilanziellen Posten

LVM-Kranken verfügt derzeit über keine Zweckgesellschaften gemäß Artikel 13 der Solvency II-Rahmenrichtlinie und über keine außerbilanzielle Positionen.

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen sind alle mit einem Ausfallrisiko behafteten Engagements der Unternehmen einer Gruppe, die groß genug sind, um die Solvabilität oder die allgemeine Finanzlage eines oder mehrerer der beaufsichtigten Gruppenunternehmen zu gefährden.

Bei LVM-Kranken wurden neben den in Abschnitt C.2 dargestellten Kapitalanlagekonzentrationen keine weiteren wesentlichen Konzentrationen identifiziert.

C.7 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen über das Risikoprofil sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten.

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

Im Nachfolgenden werden die Bewertungsmethoden der Solvenzbilanz sowie die Differenzen zwischen der Solvenzbilanz und der Handelsbilanz beschrieben.

D.1 Vermögenswerte

In der Handelsbilanz werden die Kapitalanlagen mit ihren Buchwerten bilanziert. Diese Buchwerte basieren auf den Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände im Kaufzeitpunkt. In der Folgezeit können sich die Buchwerte durch planmäßige bzw. außerplanmäßige Abschreibungen oder durch Zuschreibungen bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten verändern. Maßgeblich für diese Anpassungen sind die handelsrechtlichen Vorschriften. Im Kaufzeitpunkt vorhandene Agien oder Disagien werden über die Laufzeit verteilt aufgelöst. Die Bewertungsmethoden in der Handelsbilanz sind im Anhang des Geschäftsberichts 2025 erläutert. Dieser Bericht kann unter www.lvm.de/geschaeftsberichte aufgerufen werden.

In der Solvenzbilanz werden die Kapitalanlagen dagegen mit ihren Marktwerten bilanziert. Für die Ermittlung dieser aktuellen Marktwerte wird die in Artikel 10 der Delegierten Verordnung genannte Bewertungshierarchie angewendet. Soweit möglich werden aktuell am Markt gehandelte Preise für die Bewertung der jeweiligen Vermögenswerte verwendet (Mark-to-Market-Bewertung). Für Anlagen ohne notierte Marktpreise an aktiven Märkten wird geprüft, ob an aktiven Märkten notierte Marktpreise ähnlicher Vermögenswerte als Grundlage der Bewertung herangezogen werden können. Zwischen den Vermögenswerten bestehende Unterschiede werden durch entsprechende Anpassungen berücksichtigt. Für Anlagen, deren Markt ggf. intransparent oder nicht liquide ist, wird für die Preisermittlung auf gängige alternative Bewertungsmethoden zurückgegriffen (Mark-to-Model-Bewertung). Bei der Bewertung wird dabei weitestmöglich auf relevante Marktdaten und so wenig wie möglich auf unternehmensspezifische Inputfaktoren abgestellt.

Bewertung der Kapitalanlagen

In der nachfolgenden Tabelle werden die Bilanzwerte für die Kapitalanlagen der Solvenz- und der Handelsbilanz dargestellt. Die Differenzen resultieren zum einen aus der Bewertungsmethodik. In der Solvenzbilanz werden Marktwerte angesetzt und in der Handelsbilanz werden die fortgeführten Anschaffungskosten verwendet. Darüber hinaus resultieren die Differenzen zwischen der Solvenzbilanz und der Handelsbilanz bei den Bilanzposten Anleihen (Staatsanleihen und Unternehmensanleihen) sowie Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente aus bestehenden Zinsforderungen. In der Tabelle werden die wesentlichen Ursachen für die Abweichungen zwischen der Solvenzbilanz und der Handelsbilanz als 'davon'-Größen dargestellt (davon aus Marktbewertung bzw. davon aus Zinsforderung):

Kapitalanlagen					
Bilanzposten Tsd. €	Solvenzbilanz	Handelsbilanz	Differenz	davon aus Marktbewertung	davon aus Zinsforderung
Aktien - nicht notiert	12.382	10.039	2.343	2.343	0
Staatsanleihen	1.429.227	1.604.079	-174.851	-194.347	19.496
Unternehmensanleihen	1.366.509	1.467.461	-100.952	-120.549	19.596
Strukturierte Schuldtitel	0	0	0	0	0
Besicherte Wertpapiere	0	0	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	1.035.927	965.831	70.096	70.096	0
Derivate	0	0	0	0	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	27.745	27.688	57	0	57
Sonstige Darlehen	245	271	-26	-26	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	542	542	0	0	0
Summe	3.872.577	4.075.911	-203.334	-242.483	39.149

Die Ermittlung der Marktwerte der nicht notierten Aktien erfolgt, soweit kein Börsenkurs vorliegt, anhand eines vereinfachten Ertragswertverfahrens oder mit dem Nettoinventarwert. Für Beteiligungen von untergeordneter Bedeutung wird der Wert der Handelsbilanz angesetzt. Der Anteil der nicht notierten Aktien an den gesamten Kapitalanlagen beträgt unter 1%.

Zur Bestimmung der Marktwerte von Anleihen (Staatsanleihen und Unternehmensanleihen) wird differenziert zwischen börsennotierten und nicht börsennotierten Kapitalanlagen. Die Marktwerte von börsennotierten Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden grundsätzlich aus dem Börsen- oder Marktpreis abgeleitet. Bei nicht börsennotierten Kapitalanlagen mit fester Laufzeit, zu denen auch die Darlehen zählen, erfolgt die Marktwertermittlung durch Abzinsung der zukünftigen Einzahlungsüberschüsse (Erträge sowie Nennwertrückzahlung) unter Berücksichtigung von Renditekurven, die das Risiko der jeweiligen Papiere widerspiegeln. Im Rahmen der Klassifizierung der Papiere werden u. a. die Kriterien „Art der Besicherung“, „Emittent“, „Land“ und „Rating“ verwendet. In den Werten der Solvenzbilanz sind auch die aufgelaufenen Stückzinsen enthalten. Diese werden in der Spalte „davon aus Zinsforderung“ ausgewiesen. Den großen Teil der Differenz zwischen der Handels- und Solvenzbilanz macht momentan die Marktbewertung aus. Die maßgebliche Rolle dabei spielt die Zinsentwicklung. Durch das in den vergangenen Jahren insgesamt gestiegene Zinsniveau sind die Marktwerte der festverzinslichen Anlagen im Saldo unter den Buchwert gesunken. Die Marktwerte steigen bei kürzer werdender Restlaufzeit der Papiere im Bestand, da die Rückzahlung der Papiere bei Fälligkeit zum Nennwert erfolgt. Zur Ermittlung der Marktwerte von nachrangigen Darlehen sowie Darlehen, die in Zusammenarbeit mit Beteiligungsinvestments vergeben werden, wird das Ertragswertverfahren unter Zugrundelegung einer Renditekurve sowie adäquater Zuschläge verwendet. Der Anteil sämtlicher Anleihen und Darlehen an den gesamten Kapitalanlagen beträgt ca. 72%.

Die Marktwertermittlung für die Anteile an Investmentvermögen (Organismen für gemeinsame Anlagen) erfolgt anhand der durch die jeweilige KVG veröffentlichten Anteilspreise. Die KVG ermittelt die Anteilspreise auf Basis der börsennotierten Kurse der von dem Fonds gehaltenen Anlagen bzw. bei Immobilienfonds auf Basis der Marktwerte der von dem Fonds gehaltenen Immobilien. Anlagen in Private Equity und Infrastruktur

werden mit dem Nettoinventarwert bewertet. Das Verfahren wird für ca. 27% der Kapitalanlagen verwendet.

Für die Marktwertmittlung von Derivaten werden modellbasierte Bewertungsmethoden verwendet.

Basis für die Ermittlung der Marktwerte der Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente sind die Nominalwerte. Währungsumrechnungen und Zinsforderungen werden gegebenenfalls berücksichtigt. Bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen ist dieses Verfahren nur von geringfügiger Bedeutung.

Die Marktwerte der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden zum Nominalwert ausgewiesen. Bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen ist dieses Verfahren nur von geringfügiger Bedeutung.

Durch den Zinsanstieg am Geld- und Kapitalmarkt in den vergangenen Jahren sind die Marktwerte der im Bestand befindlichen festverzinslichen Anlagen gesunken. Die Differenz dieser gesunkenen Marktwerte zu den Werten der Handelsbilanz wird als Differenz aus der Marktbewertung ausgewiesen. Anteilige stichtagsbezogene Zinsforderungen zu den einzelnen festverzinslichen Anlagen werden in der Spalte Differenz aus Zinsforderungen ausgewiesen. Die Differenz aus Marktbewertung bei den Organismen für gemeinsame Anlagen und Aktien (nicht notiert) resultiert aus der positiven Wertentwicklung der von LVM-Kranken gehaltenen nicht börsennotierten Beteiligungen in den vergangenen Jahren.

Bewertung der sonstigen Vermögenswerte

Sonstige Vermögenswerte (ohne Kapitalanlagen)			
Bilanzposten	Solvenzbilanz	Handelsbilanz	Differenz
2025 in Tsd. €			
Immaterielle Vermögenswerte	0	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	7.632	4.782	2.850
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	1.340	1.397	-57
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	977	45.649	-44.672
Summe	9.949	51.828	-41.879
Vorjahr in Tsd. €			
Immaterielle Vermögenswerte	0	12	-12
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	6.516	4.266	2.250
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	572	752	-180
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	712	43.445	-42.733
Summe	7.800	48.475	-40.675
Veränderung zum Vorjahr in Tsd. €			
Immaterielle Vermögenswerte	0	-12	12
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	1.116	516	600
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	768	645	123
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	265	2.204	-1.939
Summe	2.149	3.353	-1.204

Für die in der Handelsbilanz ausgewiesenen immateriellen Vermögenswerte besteht kein aktiver Markt, daher erfolgt in der Solvenzbilanz ein Ansatz mit null €. Der Bewertungsunterschied beträgt 0 Tsd. € (Vj. -12 Tsd. €).

In der Handelsbilanz wird vom Wahlrecht Gebrauch gemacht, den Aktivüberhang an latenten Steuern nicht anzusetzen. In der Solvenzbilanz werden die latenten Steuern gem. IAS 12.74 saldiert. Nach der Verrechnung verbleibt eine latente Steuerschuld. Zur Ermittlung der latenten Steuern siehe Ausführungen unter Kapitel D.3 Sonstige Verbindlichkeiten.

Forderungen sind in der Handelsbilanz mit dem Nennwert zu bewerten, soweit nicht Einzel- oder Pauschalwertberichtigungen vorzunehmen sind.

Die Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern sind in der Solvenzbilanz gemäß IFRS 9 mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Pauschalwertberichtigungen sind nicht zulässig. Durch den Wegfall der Pauschalwertberichtigungen ist der Ausweis in der Solvenzbilanz höher als in der Handelsbilanz.

Der Bewertungsunterschied besteht aus den Pauschalwertberichtigungen und beträgt +2.850 Tsd. € (Vj. +2.250 Tsd. €).

Der Posten in der Solvenzbilanz Forderungen (Handel, nicht Versicherung) beinhaltet die sonstigen Forderungen der Handelsbilanz inklusive der dort ausgewiesenen Zinsforderungen aus Kapitalanlagen. Die sonstigen Forderungen sind gemäß IFRS 9 mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen. Pauschalwertberichtigungen sind nicht zulässig. Die Zinsforderungen aus Kapitalanlagen sind in der Solvenzbilanz in den Kapitalanlagen enthalten.

Der Bewertungsunterschied besteht aus den Zinsforderungen aus Kapitalanlagen und beträgt -57 Tsd. € (Vj. -180 Tsd. €).

Der Posten in der Solvenzbilanz Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte beinhaltet die Steuererstattungsansprüche, die in der Handelsbilanz im Posten Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen werden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten, für die es in der Handelsbilanz einen separaten Posten gibt.

Steuererstattungsansprüche sind gemäß IAS 12 mit dem Betrag anzusetzen, um den der bereits gezahlte Betrag den geschuldeten Betrag übersteigt. Fälligkeiten > 1 Jahr sind abzuzinsen. In der Handelsbilanz sind die Anschaffungskosten, d. h. der Zahlbetrag anzusetzen. Die Zinsforderungen aus Kapitalanlagen sind in der Solvenzbilanz in den Kapitalanlagen enthalten. In der Handelsbilanz sind Agien, Disagien und Stückzinsen auf Finanzinstrumente in den Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen. Bei allen sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten entspricht die Solvenzbilanz der Handelsbilanz.

Der Bewertungsunterschied resultiert aus:

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte		
Bewertungsunterschied	2025 Tsd. €	2024 Tsd. €
Agio für Namensschuldverschreibungen	-5.580	-6.347
Zinsforderungen aus Kapitalanlagen	-39.092	-36.386
Summe	-44.672	-42.733

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Grundlagen, Methoden und Annahmen

In der Solvenzbilanz werden die versicherungstechnischen Rückstellungen grundsätzlich durch eine Bewertung der möglichen Zahlungsströme, die den Verpflichtungen zuzurechnen sind, ermittelt. Für die Krankenversicherung n.A.d.LV kann davon ausgegangen werden, dass die zusätzlich ausgehenden Zahlungsströme aufgrund Krankheitskosteninflation durch die zusätzlich eingehenden Zahlungsströme aufgrund von Beitragsanpassungen kompensiert werden. Dabei handelt es sich insoweit um einen konservativen Ansatz, da auf die Berücksichtigung zusätzlicher Margen durch Beitragsanpassungen verzichtet wird.

Für LVM-Kranken erfolgt die ökonomische Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen n.A.d.LV mit dem von einer Task Force der DAV und vom PKV-Verband unter Beteiligung der BaFin entwickelten inflationsneutralen Bewertungsverfahren (INBV) in der PKV. Unternehmensspezifische Anpassungen werden am INBV nicht vorgenommen. Das Verfahren ermöglicht eine deterministische Berechnung der Erwartungswertrückstellung („bester Schätzwert“), d. h. des wahrscheinlichkeitsgewichteten Durchschnitts künftiger Zahlungsströme („Cashflows“) unter Berücksichtigung des Zeitwerts des Geldes (erwarteter Barwert künftiger Zahlungsströme) und unter Verwendung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve.

Für die Berechnung der Erwartungswertrückstellungen im INBV werden die folgenden Annahmen zugrunde gelegt:

- Die Tarife n.A.d.LV werden zu homogenen Risikogruppen zusammengefasst. Innerhalb einer Risikogruppe werden Bestandsgruppen mit einheitlichem Rechnungszins gebildet.
- Die Dauer bis zu einer möglichen Rechnungszinsanpassung beträgt in allen Bestandsgruppen 5 Jahre, sodass die Berechnungen für jeden Bestand in die Zeiträume 0 bis 4 Jahre und ab dem 5. Folgejahr separiert werden.
- Die in der Solvenzübersicht ungebundene Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) wird zu 80% den Eigenmitteln und zu 20% den versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II zugeordnet.
- Für die jeweiligen Barwertbildungen wird die am Stichtag gültige „maßgebliche risikofreie Zinsstrukturkurve“ ohne Volatility Adjustment verwendet.
- Es wird keine Übergangsmaßnahme (Rückstellungstransitional) verwendet.

Aufgrund der sehr geringen Bedeutung wird für die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen n.A.d.SV auf die handelsrechtliche Rückstellung (Beitragsüberträge und Anteil Schadenrückstellung) zurückgegriffen. Das Volumen der versicherungstechnischen handelsbilanziellen Rückstellungen n.A.d.SV ist gegenüber dem Volumen der versicherungstechnischen handelsbilanziellen Rückstellungen n.A.d.LV mit 0,21 % vernachlässigbar gering.

Ein weiterer Bestandteil der versicherungstechnischen Rückstellungen ist die Risikomarge. Um den marktkonsistenten Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen zu erhalten, wird dem „besten Schätzwert“ ein Risikozuschlag (Risikomarge) hinzuge-rechnet. Dieser Risikozuschlag wird mit der sogenannten Kapitalkostenmethode (Cost of Capital method) bestimmt. Diese Methode basiert auf der Vorstellung, dass ein Versicherungsunternehmen (oder Kapitalgeber eines Versicherungsunternehmens) eine Vergütung für die Übernahme des Risikos erwartet. Ein Versicherungsunternehmen muss nicht nur versicherungstechnische Rückstellungen bilden, es muss auch weiteres risikotragendes Kapital halten. Das Versicherungsunternehmen oder der Kapitalgeber möchte für die Bereitstellung dieses Kapitals vergütet werden. Die Risikomarge ist der Betrag des erforderlichen Kapitals multipliziert mit dem Kapitalkostensatz (aktuell 6%). Der Kapitalbedarf bei der Berechnung der Risikomarge bezieht sich nur auf den Solvenzkapitalbedarf für die Risiken, die dem gegenwärtigen Versicherungsportfolio eigen sind.

Da die für die Berechnung der Risikomarge benötigten zukünftigen Solvenzkapitalanforderungen lediglich mit einem internen Modell bestimmt werden können, wird die Vereinfachungsstufe 1 der EIOPA-Leitlinien zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen (EIOPA-BoS-14/166; Leitlinie 62) zur Ermittlung der zukünftigen Kapitalanforderungen angewendet.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen n.A.d.SV werden in der Handelsbilanz konservativ mit ausreichenden Sicherheiten berechnet. Eine separate Risikomarge wird daher in der Solvenzübersicht nicht ermittelt.

Ergebnisrelevante Änderungen der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugrunde gelegten relevanten Annahmen gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum wurden nicht durchgeführt.

Quantitative Darstellung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Zum 31.12.2025 sind die gesamten versicherungstechnischen Rückstellungen für die Solvenzübersicht mit 3.617.251 Tsd. € (Vj. 3.542.501 Tsd. €) berechnet worden, davon 3.608.954 Tsd. € (Vj. 3.535.461 Tsd. €) für das Geschäft n.A.d.LV und 8.297 Tsd. € (Vj. 7.039 Tsd. €) für das Geschäft n.A.d.SV.

Die Erwartungswerrückstellung (Betrag des besten Schätzwerts) für das Geschäft n.A.d.LV hat mit 3.570.130 Tsd. € (Vj. 3.487.792 Tsd. €) den höchsten Anteil. Die Risikomarge für das Geschäft n.A.d.LV ist mit 38.824 Tsd. € (Vj. 47.669 Tsd. €) ermittelt worden.

Für die vergleichbare Rückstellung der Handelsbilanz müssen die versicherungstechnischen Rückstellungen der Handelsbilanz (3.970.298 Tsd. €, Passiva B., Vj. 3.779.699 Tsd. €) um den eigenmittelfähigen Anteil der freien RfB (70.431 Tsd. €, Vj. 92.529 Tsd. €) gekürzt

werden. In der folgenden Tabelle sind die entsprechenden gekürzten Werte mit * gekennzeichnet. Es ergeben sich für die korrespondierende Rückstellung der Handelsbilanz 3.899.867 Tsd. € (3.891.570 Tsd. € für das Geschäft n.A.d.LV und 8.297 Tsd. € für das Geschäft n.A.d.SV).

Versicherungstechnische Rückstellungen		
	2025 Tsd. €	2024 Tsd. €
Versicherungstechnische Rückstellungen der Solvenzbilanz	3.617.251	3.542.501
vt. Rückstellungen – Kranken nach Art der Leben	3.608.954	3.535.461
Best Estimate Liability nach Art der Leben	3.570.130	3.487.792
Risikomarge nach Art der Leben	38.824	47.669
vt. Rückstellungen – Kranken nach Art der Schaden	8.297	7.039
Versicherungstechnische Rückstellungen der Handelsbilanz *	3.899.867	3.687.170
vt. Rückstellungen – Kranken nach Art der Leben *	3.891.570	3.680.131
vt. Rückstellungen – Kranken nach Art der Schaden	8.297	7.039

Qualitative Erläuterung der Unterschiede zwischen der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Handelsbilanz und der Solvenzbilanz

Die Bewertungsmethodiken in der Handelsbilanz und in der Solvenzbilanz unterscheiden sich deutlich. Die Deckungsrückstellung in der Handelsbilanz wird durch Diskontierung mit dem jeweiligen Rechnungszins ermittelt. Die Erwartungswertrückstellung der Solvenzbilanz wird im INBV in mehreren Schritten berechnet:

- Zunächst wird eine Neudiskontierung der Alterungsrückstellung der Handelsbilanz vorgenommen (neudiskontierte Alterungsrückstellung). Dazu werden die Zahlungsströme erster Ordnung (Leistungen – Prämien) des auslaufenden Bestands mit der Zinsstrukturkurve diskontiert. Dabei kann nach 5 Jahren einmalig eine Änderung des Rechnungszinses durchgeführt werden. Als Ergebnis ergibt sich die Neudiskontierung der beitragsrelevanten Rückstellungen der in den Cashflows modellierten Tarife.
- Die nicht beitragsrelevanten Rückstellungen werden additiv mit dem Wert der Handelsbilanz ergänzt.
- Im nächsten Schritt werden neben den Zinsüberschüssen auch die übrigen versicherungstechnischen Überschüsse im Zahlungsstrom herausgerechnet (neubewertete Alterungsrückstellung).
- Anschließend wird aus diesen Überschüssen der Zeitwert der zukünftigen Überschüsse der Versicherungsnehmer ermittelt.
- Die Erwartungswertrückstellung ergibt sich als Summe aus Neubewerteter Alterungsrückstellung, zukünftiger Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer, nicht beitragsrelevanter Rückstellungen der Handelsbilanz und gebundenem Teil der Rückstellung für Beitragsrückerstattung.

Mit diesem Verfahren wird modelltechnisch ein Zeitwert für die versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvenzbilanz bestimmt, der keine Sicherheiten bezüglich Zins und Versicherungstechnik enthält. Im Gegensatz dazu beinhalten die versicherungstechnischen Rückstellungen der Handelsbilanz Margen in der Versicherungstechnik.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied besteht darin, dass die versicherungstechnischen Rückstellungen der Handelsbilanz die gesamte RfB beinhalten, währenddessen die versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvenzbilanz lediglich die um den Überschussfonds reduzierte RfB umfasst.

Ein Pendant zur Risikomarge in der Solvenzbilanz existiert bei der Bewertungsmethodik der Handelsbilanz nicht.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen und gegenüber Zweckgesellschaften

Rückversicherungsverträge spielen bei LVM-Kranken wie im Vorjahr keine nennenswerte Rolle. LVM-Kranken setzt im Versicherungsgeschäft keine Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicle, SPV) ein.

Aktuarielle Einschätzung zur Unsicherheit

Die dargestellten Methoden und Annahmen sind konsistent zur Solvency II-Richtlinie 2009/138/EG. Es wird eine Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen vorgenommen, die den ökonomischen Auswirkungen von Inflation und Beitragsanpassungsklausel auf den Zahlungsstrom bezüglich der Bewertungsansätze von Solvency II gerecht wird. Es werden alle ein und ausgehenden Zahlungsströme berücksichtigt, die zur Abrechnung der Versicherungs- und Rückversicherungsverbindlichkeiten während ihrer Laufzeit benötigt werden. Die Rückstellungen werden mittels allgemein anerkannter aktuarieller Methoden berechnet. Durch Rücksprache und Diskussion insbesondere mit den Fachabteilungen wird sichergestellt, dass die Spartenbesonderheiten hinreichend berücksichtigt werden.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvenzbilanz werden bei LVM-Kranken mit dem Bewertungsmodell INBV berechnet. Das Ergebnis ist natürlicherweise durch die verwendeten Annahmen für die Zukunft und die eingestellten Modelloptionen mit Bewertungsunsicherheiten versehen. Daher führt LVM-Kranken insbesondere Sensitivitätsanalysen der Parameter durch, die auf die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen maßgeblichen Einfluss besitzen.

Die Überprüfung der Angemessenheit der versicherungstechnischen Rückstellungen wird kontinuierlich durch die versicherungsmathematische Funktion sichergestellt. Die Bewertungsgrundlagen und die Bewertungsprozesse werden darüber hinaus von der Risikomanagementfunktion und von der internen Revision überprüft.

Die zukünftigen Zahlungsströme werden inflationsneutral und auf Basis der rechenschaftsmäßigen Rechnungsgrundlagen, insbesondere ohne Schätzungen und Trendannahmen, ermittelt. Der Anteil der versicherungstechnischen Überschüsse an den Nettoprämien wird als Durchschnitt der letzten fünf Jahre ermittelt und ist Teil des Zeitwerts der zukünftige Überschussbeteiligung. Somit wird in dem Modell für das zukünftige Verhalten von Versicherungsnehmern ein durchschnittliches Verhalten der letzten fünf Jahre unterstellt.

Die Grundeinstellung des Bewertungsmodells INBV sieht im Jahr 5 eine mögliche Rechnungszinsanpassung vor. Der Zeitraum von 5 Jahren basiert auf dem Durchschnitt der gesamten Branche. Da LVM-Kranken sich durch kein außergewöhnliches Geschäft (z. B.

Nischenanbieter oder überdurchschnittlich hohes Maß an Konzentration bei einem oder mehreren Risikofaktoren) auszeichnet, orientiert LVM-Kranken sich an diesem Durchschnittswert der Branche. Die Wartezeit von 5 Jahren bis zur nächsten Rechnungszinsanpassung stellt dennoch eine gewisse Unsicherheit dar.

Die zukünftigen Maßnahmen des Managements (z. B. Überschussbeteiligungen, Auflösung von stillen Reserven zur Deckung von Verlusten) sind entsprechend der Geschäftsstrategie im Modell berücksichtigt.

Im INBV ist zur Bestimmung des Werts des bei den künftigen Prämien erwarteten Gewinns (expected profits in future premiums) ein Szenario „EPIFP“ implementiert, welches die entsprechende Veränderung der Erwartungswerrückstellung berechnet. Diesem liegt die Annahme zugrunde, dass für nach Art der Leben kalkulierte Tarife für die Berechnung des EPIFP eine Beitragsfreistellung unterstellt werden kann, bei der alle Versicherungsnehmer einen Tarifwechsel in einen (hypothetischen) günstigeren Tarif dergestalt vornehmen, dass der Beitrag des neuen Tarifs vollständig aus der vorhandenen Alterungsrückstellung finanziert wird.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten			
Bilanzposten	Solvenz- bilanz	Handels- bilanz	Differenz
2025 in Tsd. €			
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	22.264	23.248	-984
Latente Steuerschulden	11.396	0	11.396
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	10.667	10.667	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	5.569	38.175	-32.606
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	0	5.034	-5.034
Summe	49.896	77.124	-27.228
Vorjahr in Tsd. €			
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	21.164	22.224	-1.060
Latente Steuerschulden	3.504	0	3.504
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	8.760	8.760	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	5.919	32.825	-26.906
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	0	5.735	-5.735
Summe	39.347	69.544	-30.197
Veränderung zum Vorjahr in Tsd. €			
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	1.100	1.024	76
Latente Steuerschulden	7.892	0	7.892
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	1.907	1.907	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	-350	5.350	-5.700
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	0	-701	701
Summe	10.549	7.580	2.969

Unter dem Posten Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen in der Solvenzbilanz fallen die in der Handelsbilanz verwendeten Bilanzposten Steuerrückstellungen sowie Sonstige Rückstellungen. In der Handelsbilanz sind die Steuerrückstellungen mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen

Erfüllungsbetrag, d. h. dem Zahlbetrag anzusetzen, bei langfristigen Rückstellungen ist abzuzinsen. Nach IAS 12 muss der Betrag angesetzt werden, den der geschuldete Betrag den bereits gezahlten Betrag übersteigt, auch hier muss bei einer Restlaufzeit von > 1 Jahr abgezinst werden. Da die Steuerrückstellungen nur kurzfristig sind, entfällt eine Abzinsung. Es ergibt sich kein Bewertungsunterschied.

Die sonstigen Rückstellungen werden in der Handelsbilanz in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt, für die Solvenzbilanz nach IAS 37 mit dem bestmöglichen Schätzwert, bei dem auch die Eintrittswahrscheinlichkeit berücksichtigt wird.

Die in der Handelsbilanz enthaltenen Rückstellungen für Innenverpflichtungen dürfen in der Solvenzbilanz nicht angesetzt werden. Die Abzinsung der sonstigen Rückstellungen erfolgt in der Handelsbilanz mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz, für die Solvenzbilanz mit dem Zinssatz, der die spezifischen Risiken der Verpflichtung und die Marktsituation widerspiegelt. Da der Zinssatz in der Solvenzbilanz nach IFRS höher ist als in der Handelsbilanz, ist der Rückstellungsbetrag in der Solvenzbilanz niedriger. Der Bewertungsunterschied in Höhe von -984 Tsd. € (VJ. -1.060 Tsd. €) besteht aus den Rückstellungen für Innenverpflichtungen.

In der Handelsbilanz wird das Wahlrecht gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB ausgeübt, den Aktivüberhang an latenten Steuern nicht anzusetzen. In der Solvenzbilanz werden die latenten Steuern in Übereinstimmung mit IAS 12 ermittelt. Sie berechnen sich aus den temporären Bewertungsunterschieden zwischen Solvenz- und Steuerbilanz multipliziert mit den ratifizierten Steuersätzen des jeweiligen Landes, die zum Abschlussstichtag anwendbar bzw. verabschiedet sind. Hierbei wurde die Änderung des Körperschaftsteuergesetzes (§ 23 Abs. 1 KStG) durch das steuerliche Investitionssofortprogramm bei den zukünftigen Steuersätzen angemessen berücksichtigt. Die aktiven und passiven latenten Steuern werden in der Solvenzbilanz gemäß IAS 12.74 saldiert ausgewiesen.

Nach der Verrechnung verbleibt ein Überhang an latenten Steuerschulden. Die latenten Steuerschulden resultieren i.W. aus folgenden Bilanzposten.

Latente Steuern Geschäftsjahr	
Bewertungsunterschied	2025 Tsd. €
Staatsanleihen	51.405
Unternehmensanleihen	32.669
Restliche Posten	663
Latente Steueransprüche	84.737
versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung	70.633
Kapitalanlagen insbesondere aus Organismen für gemeinsame Anlagen	24.006
Restliche Posten	1.494
Latente Steuerschulden	96.133
Saldierung	-84.737
Gesamt	11.396

Latente Steuern Vorjahr	
Bewertungsunterschied	2024 Tsd. €
Staatsanleihen	42.239
Unternehmensanleihen	26.440
Restliche Posten	1.320
Latente Steueransprüche	69.999
versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung	38.796
Kapitalanlagen insbesondere aus Organismen für gemeinsame Anlagen	33.368
Restliche Posten	1.339
Latente Steuerschulden	73.503
Saldierung	-69.999
Gesamt	3.504

Die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, d. h. langfristige Verbindlichkeiten sind abzuzinsen. Da nur kurzfristige Verbindlichkeiten bestehen, muss nicht abgezinst werden. Es bestehen keine Bewertungsunterschiede.

Verbindlichkeiten Handel (nicht Versicherung) sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, d. h. langfristige Verbindlichkeiten sind abzuzinsen. Da nur kurzfristige Verbindlichkeiten bestehen, muss nicht abgezinst werden. Die in diesem Posten enthaltenen Steuerverbindlichkeiten sind nach IAS 12 mit dem Betrag anzusetzen, den der geschuldete Betrag den bereits gezahlten übersteigt. Fälligkeiten > 1 Jahr sind abzuzinsen. In der Handelsbilanz ist der Erfüllungsbetrag anzusetzen. Der Wert nach IAS 12 entspricht dem Erfüllungsbetrag. Die in der Handelsbilanz gemäß IDW RS HFA 18 in den sonstigen Verbindlichkeiten passivierten Liquiditätsrückflüsse der Beteiligungsunternehmen werden in der Solvenzbilanz nicht angesetzt, da die Rückzahlungen bereits im Zeitwert der Kapitalanlagen berücksichtigt wurden. Es liegen zu diesen Rückzahlungen noch keine Gesellschaftsbeschlüsse vor. Aus diesem Grund wird unterstellt, dass es sich bei den Zahlungen komplett um Kapitalrückzahlungen handelt. Bei dem Ausweis in der Solvenzbilanz handelt es sich um eine reine Bilanzverkürzung.

Der Bewertungsunterschied resultiert aus Verbindlichkeiten gemäß IDW RS HFA 18 in Höhe von -32.605 Tsd. € (Vj. -26.906 Tsd. €). Unter dem Solvenzbilanzposten Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten fällt der Rechnungsabgrenzungsposten der Handelsbilanz. Hier werden in der Handelsbilanz die Disagien aus Namensschuldverschreibung ausgewiesen. Die Disagien sind nicht separat abzugrenzen. Sie sind im Marktwert der Kapitalanlagen berücksichtigt und somit in den Kapitalanlagen enthalten. Der Bewertungsunterschied in Höhe von -5.034 Tsd. € (Vj. -5.735 Tsd. €) besteht aus dem Disagio aus Namensschuldverschreibungen.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Im Bereich der Kapitalanlagen werden alternative Bewertungsmethoden verwendet, sofern für die einzelnen Vermögensgegenstände keine Preise aus aktiven und liquiden Märkten zur Verfügung stehen. Ziel der Bewertung mittels alternativer Methoden ist es, einen ökonomischen Wert zu bestimmen, zu dem die bewerteten Vermögensgegenstände zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen

Geschäftspartnern gehandelt werden können. Welche alternativen Methoden unter Berücksichtigung der Bewertungshierarchie gemäß Artikel 10 DVO zum Einsatz kommen, kann den entsprechenden Ausführungen zu den Bewertungsmethoden im Kapitel D.1 entnommen werden. Im Rahmen der Bewertung werden ausschließlich marktgängige und etablierte Methoden zur alternativen Wertfindung verwendet. Die Vorgaben des Artikels 263 DVO werden dabei berücksichtigt.

D.5 Sonstige Angaben

Sonstige Angaben, die einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung für Solvenzzwecke haben, sind die Haftungsverhältnisse und sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

Private Krankenversicherer sind zur Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds erhebt nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge auf Basis der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen der Handelsbilanz. Zum 31.12.2025 bestand eine maximale Zahlungsverpflichtung von 7.941 Tsd. € (Vj. 7.559 Tsd. €).

Durch die Beteiligung an Private Equity-Gesellschaften bestehen für die nächsten Jahre vertraglich zugesagte Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 152.073 Tsd. € (Vj. 164.260 Tsd. €). Aus weiteren langfristigen Verträgen bestehen finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 4.660 Tsd. € (Vj. 1.907 Tsd. €) für IT-Investitionen.

E Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Ziel des Kapitalmanagements ist es, die jederzeitige Bedeckung der Kapitalanforderung zu gewährleisten.

LVM-Kranken verfügt über eine Kapitalmanagementleitlinie, in der die wesentlichen Verfahren zum Kapitalmanagement und -plan festgelegt werden. Der Kapitalmanagementplan bezieht sich auf den Planungshorizont der LVM-Gruppe und beläuft sich auf einen Zeitraum von 5 Jahren (2026 bis 2030). Die strategische Planung ist Grundlage für den ORSA-Prozess und fließt neben den ORSA-Ergebnissen in den Kapitalmanagementplan mit ein.

Aufgrund der ORSA-Ergebnisse, die über den Geschäftsplanungshorizont eine komfortable Solvenzsituation bescheinigen, ist innerhalb der nächsten 5 Jahre keine zusätzliche Emission von Eigenmitteln erforderlich.

Bei LVM-Kranken wird die Dividende in Abhängigkeit vom handelsrechtlichen Eigenkapital unter Berücksichtigung einer vorgegebenen Mindest-Eigenkapitalquote festgelegt. Der nach der Dividendenausschüttung verbleibende Bilanzgewinn wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt, um das Eigenkapital bzw. die Eigenmittel zu stärken. Vor dem Beschluss der Dividendenausschüttung wird gemäß der Leitlinie „Kapitalmanagement“ überprüft, ob durch die Ausschüttung die Solvenzsituation von LVM-Kranken gefährdet sein könnte. Bei einer Gefährdung ist die Ausschüttung aufzuschieben bzw. auszusetzen. Die vom Vorstand vorgeschlagene Dividendenausschüttung von 2.650 Tsd. € wird die Solvenzsituation von LVM-Kranken nicht gefährden. Dieser Betrag steht nicht mehr als Basiseigenmittel zur Verfügung.

Die verfügbaren Eigenmittel setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

Zusammensetzung der verfügbaren Eigenmittel		
	2025	2024
	Tsd. €	Tsd. €
Basiseigenmittel (Tier 1)		
Grundkapital	25.000	25.000
Emissionsagio	1.800	1.800
Überschussfonds	70.431	92.529
Ausgleichsrücklage	115.498	94.988
verfügbare Eigenmittel	212.729	214.317

Sämtliche Basiseigenmittel fallen – gegenüber dem Vorjahr unverändert – in die Tier 1-Kategorie. Alle Basiseigenmittel sind unbefristet.

Es bestehen keine Basiseigenmittel, für die festgelegte Übergangsmaßnahmen nach dem Aufsichtsrecht gelten. Von den Eigenmitteln werden keine Posten abgezogen.

Die Bewertung von Grundkapital und Emissionsagio ist in der Solvenz- und Handelsbilanz identisch.

Der Überschussfonds entspricht dem Teil der zum Bewertungsstichtag vorhandenen handelsrechtlichen RfB, der zum Ausgleich von Verlusten verwendet werden darf und nicht zur Ausschüttung an die Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten deklariert wurde. Bei LVM-Kranken werden für den Überschussfonds 80% der in der Solvenzbilanz freien RfB berücksichtigt. Die Reduktion des Überschussfonds (22.098 Tsd. €) resultiert aus den Entnahmen aus der RfB für die Beitragsrückerstattung und für die Limitierung zum 1.1.2026, die die Zuführung zur RfB zum 31.12.2025 übersteigen.

Die Zusammensetzung der Ausgleichsrücklage ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Zusammensetzung der Ausgleichsrücklage		
	2025	2024
	Tsd. €	Tsd. €
Differenz bei der Bewertung der Vermögenswerte	-245.213	-129.898
./. Differenz bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen	-282.615	-144.670
./. Differenz bei der Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten	-27.227	-30.198
+ Gesamtbetrag der Rücklagen und einbehaltenen Gewinne im Jahresabschluss	53.518	53.718
./. Vorhersehbare Dividende	2.650	3.700
Ausgleichsrücklage gesamt	115.498	94.988

Ein negatives Vorzeichen bedeutet, dass der Wert in der Solvenzbilanz geringer als in der Handelsbilanz ist.

Der Anstieg der Differenz resultiert bei der Bewertung der Vermögenswerte vor allem aus den gesunkenen Marktwerten bei den festverzinslichen Wertpapieren. Verantwortlich hierfür ist u. a. das gegenüber 2024 gestiegene Zinsniveau. Die höhere Abzinsung führt zu einem Rückgang der Marktwerte der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvenzbilanz im Vergleich zum Vorjahr, wodurch die Differenz bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen steigt. Der Rückgang der Differenz bei der Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten resultiert vor allem aus dem Anstieg der latenten Steuerschulden, die nur in der Solvenzbilanz anzusetzen sind. Mindernd wirkt hierbei der Anstieg der Verbindlichkeiten aus HFA 18, die wiederum nur in der Handelsbilanz enthalten sind. Ferner wurde der nach Abzug der Dividende verbleibende Jahresüberschuss 2024 in die Gewinnrücklagen eingestellt (+2.500 Tsd. €).

Ein großer Anteil der Ausgleichsrücklage (53,7%; Vj. 43,4%) resultiert aus der Neubewertung von Aktiva bzw. Passiva und ist somit einer gewissen Volatilität ausgesetzt. Das Asset Liability Management ist in den jährlichen Planungs- und ORSA-Prozess eingebettet. Ausgangspunkt des ALM-Prozesses ist die Unternehmensplanung. Unter Zugrundelegung bestimmter Annahmen (insbesondere Entwicklungen der Kapitalmärkte, Entwicklung des Neugeschäfts in der Versicherungstechnik etc.) wird über einen Planungszeitraum von mindestens fünf Jahren die Entwicklung der Eigenmittel und der Solvenzkapitalanforderungen prognostiziert. Die aus der Planung abgeleiteten Zeitwerte und Duration der versicherungstechnischen Rückstellungen werden bei der Aktualisierung der strategischen Asset Allokation (SAA) berücksichtigt. In Stressszenarien werden Abweichungen von Planungsannahmen untersucht.

Das handelsrechtliche Eigenkapital betrug am betrachteten Stichtag 80.318 Tsd. €. Der wesentliche Unterschied zwischen dem Eigenkapital der Handelsbilanz und dem für Solvabilitätszwecke berechneten Überschuss der Vermögenswerte über die

Verbindlichkeiten ergibt sich aus dem in der Solvenzbilanz eigenmittelfähigen Teil der RfB (70.431 Tsd.€). Der restliche Unterschied ergibt sich aus der Differenz zwischen der handelsrechtlichen Bewertung und der Bewertung für Solvabilitätszwecke (inkl. latenter Steuern) von 61.980 Tsd.€, der in der Ausgleichsrücklage enthalten ist.

Zusammensetzung der für das MCR und SCR anrechenbaren Eigenmittel		
	2025	2024
	Tsd. €	Tsd. €
verfügbare Eigenmittel SCR	212.729	214.317
anrechenbare Eigenmittel SCR	212.729	214.317
davon Tier 1	212.729	214.317
davon Tier 2	0	0
verfügbare Eigenmittel MCR	212.729	214.317
anrechenbare Eigenmittel MCR	212.729	214.317
davon Tier 1	212.729	214.317
davon Tier 2	0	0
SCR (Standardformel)	42.401	37.544
MCR (Standardformel)	19.081	16.895

Es existieren keine Einschränkungen zur Übertragung der Eigenmittel innerhalb des Unternehmens. Alle verfügbaren Eigenmittel sind auch anrechenbar. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr resultierten aus den vorab beschriebenen Veränderungen der Basiseigenmittel.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung wird für alle Risiko- und Untermodule die Standardformel verwendet. Vereinfachte Berechnungen und unternehmensspezifische Parameter werden nicht verwendet.

Die Solvenzkapitalanforderung von LVM-Kranken beträgt zum Ende des Berichtszeitraums 42.401 Tsd.€ (Vj. 37.544 Tsd.€). Die Mindestkapitalanforderung liegt bei 19.081 Tsd.€ (Vj. 16.895 Tsd.€). Für die Berechnung der linearen Mindestkapitalanforderung wurden für die Nichtlebensversicherungsverpflichtungen versicherungstechnische Nettorückstellungen in Höhe von 8.297 Tsd.€ (Vj. 7.039 Tsd.€) und gebuchte Nettoprämien in Höhe von 10.861 Tsd.€ (Vj. 10.154 Tsd.€) als Basis verwendet. Für die Berechnung der linearen Mindestkapitalanforderung für die Lebensversicherungsverpflichtungen wurden 2.796.660 Tsd.€ (Vj. 2.715.423 Tsd.€) als Garantieleistungen aus Krankenversicherungsverpflichtungen n.A.d.LV und 773.470 Tsd.€ (Vj. 772.369 Tsd.€) für den Zeitwert der zukünftigen Überschussbeteiligung als Basis herangezogen.

In der folgenden Tabelle sind die Solvenzkapitalanforderungen nach Risikomodulen der Standardformel für den Bewertungsstichtag aufgeführt. Zwischen dem Marktrisiko, dem Ausfallrisiko und dem versicherungstechnischen Risiko Kranken ergibt sich eine Diversifikation in Höhe von -8.027 Tsd.€ (Vj. -8.536 Tsd.€). Das operationale Risiko wird faktor-basiert berechnet und verhält sich somit proportional zur Beitragseinahme. Die Risikoadjustierung durch latente Steuern beträgt 15.358 Tsd.€ (Vj. 17.607 Tsd.€). Hiervon entfallen 11.396 Tsd.€ auf die Umkehrung latenter Steuerverbindlichkeiten und 3.962 Tsd.€ auf die aktive latente Steuer auf die Risikomarge.

Kapitalanforderungen		
	2025 Tsd. €	2024 Tsd. €
Mindestkapitalanforderung	19.081	16.895
Solvenzkapitalanforderung	42.401	37.544
Marktrisiko	31.304	28.700
Ausfallrisiko	0	0
Versicherungstechnisches Risiko Kranken	14.178	16.055
Operationales Risiko	20.305	18.931

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko wird von LVM-Kranken nicht verwendet.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

LVM-Kranken verwendet die Standardformel.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

LVM-Kranken hat die Solvenz- und Mindestkapitalanforderungen über das gesamte Jahr 2025 erfüllt.

E.6 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen über das Kapitalmanagement sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten.

Abkürzungsverzeichnis und Begriffserläuterung

AAB	AAB Management GmbH
Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
AEM	alternative equity method, angepasste Eigenkapital-Methode
AG	Aktiengesellschaft
a.G.	auf Gegenseitigkeit
AIF	Alternativer Investmentfonds nach §1 Absatz 3 des Kapitalanlage-gesetzbuchs
anr.	anrechenbar
Art.	Artikel
AVM	alternative valuation methods, alternative Bewertungsmethoden
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BP	Basispunkte
BSCR	Basis Solvenzkapitalanforderung
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BSM	Branchensimulationsmodell
BVK	Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e.V.
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
CMS	Compliance-Managementsystem, bezeichnet die Gesamtheit der im Unternehmen eingerichteten Maßnahmen und Prozesse, um Regel-konformität sicherzustellen
CRA III	Ratingagenturen
CRR	Capital Requirements Regulation, EU-Richtlinie und -Verordnung, welche auf europäischer Ebene die bankaufsichtlichen Regelungen

	umsetzen, die im Wesentlichen auf dem Basel III-Regelwerk beruhen
d. h.	das heißt
DV	Datenverarbeitung
DVO	Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 der Kommission vom 10.10.2014
ECAI	External Credit Assessment Institution
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority, Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung
EM-Staatsanleihen	Emerging Markets Staatsanleihen, Staatsanleihen von Schwellenländern
EPIFP	Expected Profit included in Future Premiums, bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn
ESG	Ökonomischer Szenarien Generator
etc.	et cetera, und so weiter
FDL GmbH	LVM Finanzdienstleistungen GmbH
f. e. R.	für eigene Rechnung
ff.	folgende
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards (Internationale Rechnungslegungsstandards)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IDW RS HFA 18	Bilanzierung von Anteilen an Personenhandelsgesellschaften im handelsrechtlichen Jahresabschluss

IFRS	International Financial Reporting Standards (Internationale Rechnungslegungsstandards)
IKS	internes Kontrollsystem
INBV	inflationsneutrales Bewertungsverfahren
inkl.	inklusive
IT	Informationstechnik
i. V. m.	in Verbindung mit
i.W.	im Wesentlichen
KVG	Kapitalverwaltungsgesellschaft
LAS	LVM Agentur System
LKRZV	Lage- und Krisenreaktionszentrum für IT Sicherheit der deutschen Versicherungswirtschaft GmbH
LVM a.G.	LVM Landwirtschaftlicher Versicherungsverein Münster a.G.
LVM-Kranken	LVM Krankenversicherungs-AG
LVM-Leben	LVM Lebensversicherungs-AG
LVM-Pensionsfonds	LVM Pensionsfonds-AG
MaGo	Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an die Geschäftsordnung von Versicherungsunternehmen
MCR	Minimum Capital Requirement, Mindestkapitalanforderung
n. a.	not available, nicht verfügbar
n. A. d. LV	nach Art der Lebensversicherung
n. A. d. SV	nach Art der Schadenversicherung
NGFS	Network for Greening the Financial System, weltweites Netzwerk von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, das sich für ein nachhaltiges Finanzsystem einsetzt
Nr.	Nummer
OCR	Own Capital Requirement, Kapitalbedarf der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung der quantifizierbaren Risiken

OFS	Other Financial Sector, andere Finanzbranchen
o. g.	oben genannt
OpRisk	operationelles Risiko
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment, unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung
OTC-Derivate	Over The Counter – Derivate, außerbörslich gehandelte Derivate
p. a.	pro anno, jährlich
PFM	Portfolio Management
PKV	private Krankenversicherung
PRIIP	Packaged Retail and Insurance-Based Investment Products, verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte, die einem Anlagerisiko unterliegen
QMP	quoted market price, notierter Marktwert auf aktiven Märkten für identische Kapitalanlagen
QMPS	quoted market price in active markets for similar assets, notierter Marktwert auf aktiven Märkten für ähnliche Kapitalanlagen
QRT	Quantitative Reporting Template, Meldeformulare zur Übermittlung der in Säule III von Solvency II geforderten quantitativen Berichtspflichten.
s.	siehe
SA	symmetrische Anpassung
SAA	Strategic Asset Allocation, strategische Vermögensallokation
SCR	Solvency Capital Requirement, Solvenzkapitalanforderung
SFCR	Solvency and Financial Condition Report, Bericht zur Solvenz- und Finanzlage
SIEM	Security Information and Event Management
Solvenzquote	SCR-Bedeckungsquote
SPV	Special Purpose Vehicle, Zweckgesellschaft
RMS	Risikomanagementsystem

RSP	Risikosteuerung/Projektion
RSR	Regular Supervisory Report, regelmäßiger aufsichtlicher Bericht
RüC	Risikoüberwachung/Compliance
u. a.	unter anderen
UBR	Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr
UFR	Ultimate Forward Rate, Zinssatz zur Berechnung der langfristigen risikofreien Zinsstrukturkurve zur Bewertung der versicherungstechnischen unter Solvency II
uRCF	unabhängige Risikocontrollingfunktion
U-Kasse	LVM Unterstützungskasse GmbH
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VAIT	Rundschreiben zu den „Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT“
vgl.	vergleiche
Vj.	Vorjahr
VmF	versicherungsmathematische Funktion
vt	versicherungstechnisch
WaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
z. B.	zum Beispiel
ZÜB	zukünftige Überschussbeteiligung
zzgl.	zuzüglich

Anhang Meldebögen

Auf den nachfolgenden Seiten sind die Meldebögen für den Bericht über Solvabilität und Finanzlage dargestellt, die gemäß der Durchführungsverordnung (EU) 2023/895 der europäischen Kommission vom 4.4.2023 veröffentlicht werden müssen. In dieser sind die Formate der Meldebögen fest vorgegeben.

Alle Zahlen in den Meldebögen, die Geldbeträge wiedergeben, sind in Tsd.€ dargestellt.

S.02.01.02**Bilanz****Vermögenswerte**

Immaterielle Vermögenswerte

Latente Steueransprüche

Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen

Sachanlagen für den Eigenbedarf

Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Aktien

Aktien – notiert

Aktien – nicht notiert

Anleihen

Staatsanleihen

Unternehmensanleihen

Strukturierte Schuldtitel

Besicherte Wertpapiere

Organismen für gemeinsame Anlagen

Derivate

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Sonstige Anlagen

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Darlehen und Hypotheken

Policendarlehen

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Sonstige Darlehen und Hypotheken

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:

Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen

Krankenversicherungen

Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen

nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen

Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und

indexgebundenen Versicherungen

nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und

indexgebundenen Versicherungen

Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden

Depotforderungen

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Eigene Anteile (direkt gehalten)

In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte,

aber noch nicht eingezahlte Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
R0030	0
R0040	0
R0050	
R0060	
R0070	3.871.791
R0080	
R0090	
R0100	12.382
R0110	
R0120	12.382
R0130	2.795.736
R0140	1.429.227
R0150	1.366.509
R0160	
R0170	
R0180	1.035.927
R0190	
R0200	27.745
R0210	
R0220	
R0230	245
R0240	
R0250	
R0260	245
R0270	0
R0280	0
R0290	
R0300	0
R0310	
R0320	
R0330	
R0340	
R0350	
R0360	7.632
R0370	
R0380	1.340
R0390	
R0400	
R0410	542
R0420	977
R0500	3.882.526

S.02.01.02

Bilanz

Verbindlichkeiten

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen
 Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet
 Bester Schätzwert
 Risikomarge
 Eventualverbindlichkeiten
 Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen
 Rentenzahlungsverpflichtungen
 Depotverbindlichkeiten
 Latente Steuerschulden
 Derivate
 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
 Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
 Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern
 Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern
 Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)
 Nachrangige Verbindlichkeiten
 Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten
 In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten
 Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten insgesamt
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
R0510	8.297
R0520	
R0530	
R0540	
R0550	
R0560	8.297
R0570	
R0580	8.297
R0590	0
R0600	3.608.954
R0610	3.608.954
R0620	
R0630	3.570.130
R0640	38.824
R0650	
R0660	
R0670	
R0680	
R0690	
R0700	
R0710	
R0720	
R0740	
R0750	22.264
R0760	
R0770	
R0780	11.396
R0790	
R0800	
R0810	
R0820	10.667
R0830	
R0840	5.570
R0850	
R0860	
R0870	
R0880	0
R0900	3.667.148
R1000	215.379

S.12.01.02

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)		Renten aus Nichtlebensver- sicherungsvertr- ägen und im Zusammen- hang mit Krankenversic- herungsverpfl- chtungen	Kranken- rückver- sicherung (in Rückdeck- ung übernom- menes Geschäft)	Gesamt (Kranken- versich- erung nach Art der Lebens- versicher- ung)		
	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				C0160	C0170
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet							
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet							
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge							
Besten Schätzwert							
Besten Schätzwert (brutto)							
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen							
Besten Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt			3.570.130		3.570.130		
Risikomarge							
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt							
	38.824				38.824		
	3.608.954				3.608.954		

S.19.01.21

Ansprüche aus Nichtlebensversicherungen

Nichtlebensversicherungsgeschäft gesamt

Schadenjahr/
Zeichnungsjahr **Z0020** Accident year [AY]

Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert)
(absoluter Betrag)

Jahr	Entwicklungsjahr											im laufen- den Jahr	Summe der Jahre	
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +			C0170
Vor	R0100													
N-9	R0160	3.286	472	99	5	12		0	0	0				3.874
N-8	R0170	4.026	933	104	7	6	0							5.077
N-7	R0180	3.502	606	102	-2		0	21	0				0	4.229
N-6	R0190	3.832	863	49	-68	52	28							4.757
N-5	R0200	2.110	-90	10	7	4	0						0	2.042
N-4	R0210	898	370	30	3	0							0	1.301
N-3	R0220	3.953	1.317	148	-62								-62	5.355
N-2	R0230	5.111	1.959	28									28	7.097
N-1	R0240	5.710	2.218										2.218	7.928
N	R0250	7.300											7.300	7.300
Gesamt												R0260	9.485	48.960

Beste Schätzwert (brutto) für nicht abgezinsten Schadenrückstellungen
(absoluter Betrag)

Jahr	Entwicklungsjahr											Jahresende (abgezinsten Daten)	
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +		C0360
Vor	R0100												
N-9	R0160												
N-8	R0170												
N-7	R0180												
N-6	R0190												
N-5	R0200												
N-4	R0210												
N-3	R0220												
N-2	R0230												
N-1	R0240												
N	R0250	3.883											3.883
Gesamt												R0260	3.883

Anhang I
S.23.01.01
Eigenmittel

BasisEigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender BasisEigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
Überschussfonds
Vorzugsaktien
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio
Ausgleichsrücklage
Nachrangige Verbindlichkeiten
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als BasisEigenmittel genehmigt wurden

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

Gesamtbetrag der BasisEigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender BasisEigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können

Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen

Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

SCR

MCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	25.000	25.000			
R0030	1.800	1.800			
R0040					
R0050					
R0070	70.431	70.431			
R0090					
R0110					
R0130	115.498	115.498			
R0140					
R0160	0				0
R0180					
R0220	0				
R0230					
R0290	212.729	212.729			0
R0300					
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360					
R0370					
R0390					
R0400					
R0500	212.729	212.729			0
R0510	212.729	212.729			
R0540	212.729	212.729	0	0	0
R0550	212.729	212.729	0	0	
R0580	42.401				
R0600	19.081				
R0620	502%				
R0640	1115%				

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte
Sonstige BasisEigenmittelbestandteile
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

Ausgleichsrücklage

Erwartete Gewinne

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

	C0060
R0700	215.379
R0710	
R0720	2.650
R0730	97.231
R0740	
R0760	115.498
R0770	89.254
R0780	
R0790	89.254

S.25.01.21

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

Marktrisiko
 Gegenpartiausfallrisiko
 Lebensversicherungstechnisches Risiko
 Krankenversicherungstechnisches Risiko
 Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
 Diversifikation
 Risiko immaterieller Vermögenswerte

Basissolvenzkapitalanforderung

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Operationelles Risiko
 Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
 Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
 Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG

Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag

Kapitalaufschlag bereits festgesetzt
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ a
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ b
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ c
 davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ d

Solvenzkapitalanforderung

Weitere Angaben zur SCR

Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
 Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
 Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

Annäherung an den Steuersatz

Ansatz auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes

Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern

VAF LS
 VAF LS gerechtfertigt durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern
 VAF LS gerechtfertigt durch Bezugnahme auf den wahrscheinlichen zukünftigen zu versteuernden wirtschaftlichen Gewinn
 VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, laufendes Jahr
 VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, zukünftige Jahre
 Maximum VAF LS

	Brutto- Solvenzkapitalanforderung	USP	Verein- fachungen
	C0110	C0090	C0120
R0010	389.494		
R0020	1.182		
R0030			
R0040	99.524		
R0050			
R0060	-64.426		
R0070	0		
R0100	425.773		

	C0100
R0130	20.305
R0140	-388.319
R0150	-15.358
R0160	
R0200	42.401
R0210	
R0211	
R0212	
R0213	
R0214	
R0220	42.401
R0400	
R0410	
R0420	
R0430	
R0440	

	Ja/Nein
	C0109
R0590	Approach not based on average tax rate

	VAF LS
	C0130
R0640	-15.358
R0650	-11.396
R0660	-3.962
R0670	
R0680	
R0690	-15.358

S.28.01.01

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

MCR_{NL}-Ergebnis

	C0010
R0010	808

Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung
 Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung
 Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung
 Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung
 Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung
 See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung
 Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung
 Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung
 Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung
 Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung
 Beistand und proportionale Rückversicherung
 Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung
 Nichtproportionale Krankenrückversicherung
 Nichtproportionale Unfallrückversicherung
 Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung
 Nichtproportionale Sachrückversicherung

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
	C0020	C0030
R0020	8.297	10.861
R0030		
R0040		
R0050		
R0060		
R0070		
R0080		
R0090		
R0100		
R0110		
R0120		
R0130		
R0140		
R0150		
R0160		
R0170		

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

	C0040
MCR _L -Ergebnis	R0200 60.307

Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen
 Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen
 Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen
 Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen
 Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft)
	C0050	C0060
R0210	2.796.660	
R0220	773.470	
R0230		
R0240		
R0250	 	0

Berechnung der Gesamt-MCR

	C0070
Lineare MCR	R0300 64.156
SCR	R0310 42.401
MCR-Obergrenze	R0320 19.081
MCR-Untergrenze	R0330 10.600
Kombinierte MCR	R0340 19.081
Absolute Untergrenze der MCR	R0350 2.700
	C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400 19.081